GROSSUNTERNEHMERTUM UND NATIONALSOZIALISMUS 1930–1933

KRITISCHES UND ERGÄNZENDES ZU ZWEI NEUEN FORSCHUNGSBEITRÄGEN

VON

HENRY ASHBY TURNER, JR.

In der Faschischmus-Diskussion, die in den letzten Jahren unter Wissenschaftlern der Bundesrepublik geführt worden ist, nimmt das Verhältnis des Großunternehmertums zum Nationalsozialismus in den Jahren 1930–1933 immer noch eine Schlüsselposition ein[1]). Wiederholt ist die angeblich entscheidende Unterstützung, die die NSDAP durch die damaligen deutschen Großunternehmer erfahren haben soll, als Beweis dafür angeführt worden, daß der Kapitalismus den Aufstieg „der deutschen Spielart des Faschismus" zur Macht verursacht hat. Angesichts der Popularität dieser These ist es überraschend, wie wenig sich die Historiker der Bundesrepublik mit dem Verhältnis zwischen Großunternehmertum und NSDAP in den entscheidenden Jahren 1930–1933 beschäftigt haben. Obwohl eine große Anzahl von Quellen in den Archiven der Bundesrepublik – vor allem in den Firmenarchiven – vorhanden ist, erschienen während der 60er Jahre nur einige wenige recht allgemein gehaltene Aufsätze darüber[2]). Das Thema wurde infolgedessen anderen überlassen. In den

[1]) Im Folgenden werden die Bezeichnungen „Großunternehmer" und „Großunternehmertum" gebraucht, um nicht nur „Großindustrielle", sondern auch leitende Bankiers, Großhändler, Reeder und Versicherungsmanager zu umfassen. Diese Bezeichnungen habe ich schon in einem Aufsatzband verwendet, in dem ich mich mit manchen Aspekten des hier behandelten Fragenkomplexes auseinandergesetzt habe: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland: Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972.

[2]) *Dieter Petzina*, Hitler und die deutsche Industrie: ein kommentierter Literatur- und Forschungsbericht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17 (1966), S. 482–91; *Wilhelm Treue*, Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller zu Hitlers Außenpolitik, ebenda, S. 491–507;

späten 60er und frühen 70er Jahren beherrschten die Wissenschaftler der DDR mit einer Reihe von Veröffentlichungen beinahe unangefochten das Feld in der deutschsprachigen Literatur, obwohl sie nur über eine mangelhafte Quellenbasis verfügten, oft fragwürdige Methoden anwandten und meist mit ideologischen Scheuklappen arbeiten mußten. Während ihre Veröffentlichungen im Detail voneinander abwichen, hielten alle letzten Endes – jedoch manchmal mit erfinderischen Variationen – die altbekannte „Agenten-Theorie" aufrecht, nach der die NSDAP schließlich nur durch die Unterstützung des Großunternehmertums an die Macht gekommen und nicht – wie die meisten westlichen Historiker meinen – eine weitgehend autonome politische Bewegung, sondern im Grunde genommen ein Handlanger der „Monopolkapitalisten" gewesen sei[3]). Es sind diese DDR-Veröffentlichungen sowie einige sachlich unzuverlässige ältere Studien

Treue, Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise 1928 bis 1933, in: Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929/33, hrsgg. von *Werner Conze* und *Hans Raupach,* Stuttgart 1967, S. 82–125; *Klaus Röseler,* Unternehmer in der Weimarer Republik, in: Tradition 13 (1968), S. 217–240.

[3]) Siehe z. B. *Fritz Klein,* Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929–1932), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1 (1953), S. 872–904; *Wolfgang Ruge,* Die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung' und die Brüning-Regierung, ebenda 16 (1968), S. 19–53; *Kurt Gossweiler,* Großbanken, Industriemonopole, Staat, Berlin 1971. Wohl die einflußreichste Veröffentlichung eines DDR-Wissenschaftlers ist ein Buch, das nur in der Bundesrepublik erschienen ist: *Eberhard Czichon,* Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967 ff. Zur Kritik dieser Literatur, vgl. *Eike Hennig,* Industrie und Faschismus, in: Neue Politische Literatur 15 (1970), S. 432–49; *H. A. Turner, Jr.,* Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsgg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 919–31. Wohl die bestbekannte der älteren, unzuverlässigen und überholten Veröffentlichungen ist *George W. F. Hallgarten,* Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt 1955 ff. Hallgarten hat vor kurzem zusammen mit Joachim Radkau nochmals Stellung zu diesem Fragenkomplex genommen: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt 1974. Der Abschnitt dieses Bandes, in dem die Zeit 1930–1933 behandelt wird, beruht nicht auf neuen Forschungsergebnissen, sondern ist hauptsächlich der Verteidigung der alten Thesen Hallgartens gewidmet. Dazu übernimmt Hallgarten unkritisch viele Angaben aus den Schriften von Czichon und Gossweiler, darunter manche, die Fehler und Entstellungen enthalten. Im allgemeinen wird Analyse weitgehend mit Polemik ersetzt.

westlicher Provenienz, die dem größten Teil der neueren theoretischen Arbeiten über die sozial-ökonomischen Ursprünge des Faschismus zugrundeliegen[4]).

Daher ist es beachtenswert, daß sich in jüngster Zeit zwei jüngere Historiker der Bundesrepublik intensiv mit Aspekten dieses Themas beschäftigt haben. Es handelt sich dabei um den 1973 erschienenen kurzen Aufsatz von Axel Kuhn über das begrenzte Problem des Treffens zwischen Adolf Hitler und Franz von Papen am 4. Januar 1933 und den im gleichen Jahre veröffentlichten, viel längeren und anspruchsvolleren Aufsatz von Dirk Stegmann über das gesamte Thema Großindustrie und NSDAP zwischen 1930 und 1933[5]). Beide Studien verdienen Aufmerksamkeit als offenbar neue westdeutsche Ansätze zu einer quellenbezogenen Beschäftigung mit diesem wichtigen und kontroversen Thema.

Wie aus dem Untertitel von Kuhns Aufsatz – „Eine methodisch-systematische Quellenanalyse mit dem Ziel, Möglichkeiten und Grenzen der Geschichtswissenschaft anzudeuten" – hervorgeht, gilt seine Sorge in hohem Grade der in der Öffentlichkeit anscheinend anwachsenden Geschichtsfeindlichkeit. Um dem Vorwurf der angeblichen gesellschaftlichen Irrelevanz der Geschichtswissenschaft zu begegnen, versucht Kuhn darzulegen, wie in einem Proseminar zur Einführung in das Studium der neueren Geschichte die Anwendung der traditionellen Methoden des Historikers zur Klärung strittiger zeitgeschichtlicher Probleme von höchster gesellschaftlicher Relevanz beitragen könne. Er skizziert zu diesem Zweck den Aufbau eines problemorientierten Proseminars mit der Fragestellung: Wie war die Herrschaftsübernahme des Nationalsozialismus möglich? Nach der Lektüre und Analyse der Literatur durch die Studenten empfiehlt er eine eingehende Quellenanalyse, die auf wenige konkrete Fälle beschränkt wird. Als Beispiel bietet er das Treffen Hitler–Papen vom 4. Januar 1933 an, weil dieses Ereignis in der gesamten Literatur als

[4]) Siehe z. B. *Anneliese Schuon-Wiehl*, Faschismus und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt 1970; *Manfred Clemens*, Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus, Frankfurt 1972; *Reinhard Kühnl*, Formen bürgerlicher Herrschaft, Reinbek bei Hamburg 1971.

[5]) *Axel Kuhn*, Die Unterredung zwischen Hitler und Papen im Hause des Barons von Schröder, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 24 (1973), S. 709–22; *Dirk Stegmann*, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399–482.

ein wichtiger Wendepunkt geschildert wird – obwohl mit unterschiedlicher Deutung – und weil er die Quellenlage für besonders günstig hält. Kuhn beschränkt sich jedoch nicht auf die didaktisch-methodologische Aufgabe. Im zweiten Teil seines Aufsatzes kommt er vielmehr auf Grund seiner Quellenanalyse zu einer eigenen Neuinterpretation der Ursprünge des Treffens Hitler–Papen.

Die Ausführung seines didaktisch-methodologischen Vorhabens ist Kuhn vortrefflich gelungen. Seine Analyse des unterschiedlichen Aussagewerts der längst bekannten veröffentlichten Quellen (Papens Memoiren, Schröders Aussagen nach dem Kriege, Meissners Memoiren, Goebbels' Tagebuch, Hitlers Tischgespräche) ist ein Musterbeispiel traditioneller Quellenkritik im besten Sinne. Sorgfältig unterscheidet Kuhn zwischen innerer und äußerer Quellenkritik, zwischen Primär- und Sekundärquellen, zwischen Überresten und Tradition, zwischen Briefen und Urkunden. Dadurch errichtet er auf althergebrachte Weise eine hierarchische Rangordnung der oben erwähnten Quellen, die es den Studenten ermöglicht, manche anfangs unentwirrbar scheinenden Widersprüche zu beheben. Das Ergebnis wird den Historiker kaum überraschen, denn es entspricht der seit langem herrschenden Lehre: „Das Gespräch wurde von Papen angeregt, von Papen und Hitler in Anwesenheit des Bankiers Schröder mit dem Ziel einer Regierungsneubildung unter Hitler und Papen geführt" (S. 714). Die von Kuhn vorgezeichnete Art und Weise, Studenten schrittweise auf Grund einer systematischen quellenkritischen Analyse zu diesem Ergebnis zu bringen, verdient die Anerkennung eines jeden, der sich mit Geschichtsunterricht beschäftigt. Aber für diejenigen, die versuchen, Zeitgeschichte zu erforschen und schreiben, ist eine solche Modellanalyse von besonderem Wert. Denn die Schwierigkeit, mit dem oft kaum zu bewältigenden Quellenangebot, das die Schreibmaschine, die Vervielfältigungsapparate und die Massenpresse erzeugt haben, fertig zu werden, birgt immer wieder die Gefahr in sich, daß die von Kuhn schrittweise demonstrierte quellenkritische Analyse nicht mit gebührender Sorgfalt und Gründlichkeit durchgeführt wird.

Bei seinem eigenen Versuch, neues Licht auf die Ursprünge des Treffens Hitlers mit Papen am 4. Januar 1933 zu werfen, ist Kuhn nun freilich weniger erfolgreich. Er kommt zu folgender Neuinterpretation: „Neben Hitler und Papen erscheint also noch eine dritte Macht in den Verhandlungen zum Sturz der Schleicher-Regierung: Wilhelm Keppler und sein Industriellenkreis. ... Alle Interpretatio-

nen greifen zu kurz, die den 4. Januar und seine Folgen wesentlich als Racheakt Papens erklären. ... Papens Ehrgeiz, wieder Reichskanzler zu werden, prädestinierte diesen Mann lediglich zum Vorreiter anderer Interessen" (S. 721). Darauf gründet Kuhn dann eine viel weitergehende Schlußfolgerung in bezug auf die Frage nach den Ursachen des Sieges der NSDAP: „In Wirklichkeit aber verbanden sich die Interessen von Großindustriellen nach einem starken Staat mit dem Wunsch der NSDAP, die Herrschaft zu übernehmen, und diese Interessenverbindung, kein persönliches Verdienst, war politisch am durchschlagkräftigsten." Diese Schlußfolgerung nennt Kuhn allerdings am Schluß „nur eine Arbeitshypothese ..., die an weiteren Einzelbeispielen überprüft werden müßte" (S. 721). Aber die vorangegangenen Formulierungen seiner Neuinterpretation sind recht entschieden ausgedrückt und bar solcher Einschränkungen. Es besteht daher die Gefahr, daß einige Leser die Hypothese für ein Ergebnis halten werden, da sie – im Gegensatz zu den Studenten in einem Proseminar – wohl kaum Gelegenheit haben werden, Kuhns Interpretation mittels eigener Quellenstudien zu überprüfen.

Kuhns neue These über die Rolle Wilhelm Kepplers und seiner „Hintermänner" (S. 721) beim Zustandekommen des Treffens Hitlers mit Papen kann in der Tat nicht als fundiertes Forschungsergebnis akzeptiert werden. Die Mängel seiner Neuinterpretation der Zusammenkunft vom 4. Januar 1933 sind nicht auf die Unzulänglichkeit der von ihm angewandten traditionellen Methode der Quellenkritik zurückzuführen. Sie liegen vielmehr darin, daß er seine weitgehenden Schlüsse aus einigen wenigen gedruckten Quellen zieht, und zwar denjenigen, die Studenten in einem Proseminar leicht zur Verfügung stehen. Er stützt seine Neuinterpretation nämlich auf nur zwei Dokumente: Briefe Kepplers vom Dezember 1932 an Hitler und an Kurt von Schröder. Außer acht gelassen wird eine ganze Reihe von einschlägigen Primärquellen von hohem Aussagewert. Es fehlt z. B. jeder Hinweis auf die schon bei den Nürnberger Prozessen vorgelegte Korrespondenz Schröders aus jener Zeit, obwohl der von Kuhn benutzte Brief Kepplers an Schröder ursprünglich aus diesem Bestand stammt[6]). Ebenso außer Betracht gelassen sind die Briefe aus dem

[6]) Der einschlägige Teil dieser Korrespondenz ist seit fast einem Jahrzehnt in einer Mikrofilm-Veröffentlichung der National Archives of the United States zugänglich: Record Group 238, Records of the U.S. Chief Counsel for War Crimes, Nuremberg, Military Tribunals, Relating to Nazi Industrialists, Microcopy T-301, Rolle 3, Dokumente NI-200 bis NI-225.

Jahre 1932, die in den Memoiren eines Mitglieds des sogenannten Keppler-Kreises, Emil Helfferich, abgedruckt worden sind[7]). Weiter fehlt die unveröffentlichte Korrespondenz eines anderen Mitglieds, Carl Vincent Krogmann, mit Keppler und Helfferich aus jener Zeit[8]). Kuhns Neuinterpretation beruht also nur auf einem kleinen Bruchteil des vorhandenen Beweismaterials. Wenn man die außer acht gelassenen Dokumente heranzieht, stellt sich rasch heraus, daß Kuhns Neuinterpretation in mancher Hinsicht nicht stichhaltig ist.

Ein Beispiel bietet der Vergleich des von Kuhn benutzten Briefes Kepplers an Hitler, der das Datum des 19. Dezember trägt, aber in Wirklichkeit am 18. geschrieben wurde, mit einem Briefe Kepplers an Schröder, der tatsächlich am 19. verfaßt wurde[9]). Der Brief Kepplers an Hitler ist besonders wichtig, weil Keppler darin berichtet, daß Schröder, der mit Papen gesprochen hatte, ihm eben telefonisch mitgeteilt habe, daß Papen eine Aussprache mit Hitler wünsche und jetzt bereit sei, sich für dessen Kanzlerschaft einzusetzen. Auf Grund von Kepplers erstem Satz – „Dieser Tage war ich mit Dr. Schacht und Baron Schröder, Köln, zusammen, wobei ich meine Auffassung über die politischen Dinge klarlegte" – nimmt Kuhn an, es handle sich um ein Gespräch zu dritt zwischen Keppler, Schacht und Schröder, dessen Zweck die „Gewinnung" Schröders gewesen sei (S. 717). Im zweiten Satz seines Briefes an Hitler hatte Keppler nämlich geschrieben, daß Schröder – im Gegensatz zu Schacht – seinen Anschauungen „über die politischen Dinge" „ungläubig" gegenübergestanden habe (wobei dem Inhalt nach anscheinend Kepplers negative Beurteilung des Reichskanzlers Schleicher gemeint war). Daraus folgert Kuhn, daß dieses angebliche Dreiergespräch den Zweck hatte, „den Anstoß zu einem Gespräch Schröder–Papen zu geben. Schröder wird von Keppler als Kontaktmann zu Papen benutzt" (S. 717). In dem von Kuhn nicht in Betracht gezogenen Brief Kepplers an Schrö-

[7]) *Emil Helfferich*, 1932–1946. Tatsachen, Jever 1969, S. 9–17.

[8]) Keppler-Krogmann Korrespondenz, Akte 913 in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg.

[9]) In seinem Brief an Hitler berichtete Keppler, daß er den telephonischen Anruf von Schröder „soeben" erhalten habe. In seinem Schreiben an Schröder unter dem Datum von Montag, dem 19. Dezember, (NI-212) bedankte sich Keppler jedoch für Schröders „gestrigen Anruf". In einem Brief an Helfferich vom 22. Dezember berichtete Keppler, daß Schröder ihn am vergangenen Sonntag – also dem 18. Dezember – angerufen und ihm Mitteilung über das Gespräch Schröder–Papen gemacht hatte: Akte 913, Forschungsstelle (vgl. Anm. 8).

der vom 19. Dezember findet man jedoch keine Spur von einem solchen Gespräch zu dritt. Stattdessen machte Keppler Schröder Mitteilung von einer Aussprache, die er am Freitag der vorherigen Woche, dem 16. Dezember, mit Schacht „betr. der Person Schl." gehabt hatte, wobei klar ist, daß Schröder dieser Aussprache nicht beigewohnt hatte. Der erste Satz in Kepplers Brief an Hitler bezieht sich also offenbar nicht – wie Kuhn annimmt – auf eine Dreierbesprechung Keppler–Schacht–Schröder mit dem Ziel der „Gewinnung" des letzteren, sondern auf zwei getrennte Gespräche Kepplers mit Schröder und Schacht. Es gibt keinen Anlaß, anzunehmen, daß Schröder durch Keppler bzw. Keppler und Schacht zu einer Aktion gegen Schleicher über Papen veranlaßt wurde. Wahrscheinlicher ist es, daß das Sondierungsgespräch Schröder-Papen, das nach Papens Schilderung beim Jahresessen des Berliner Herrenklubs am 16. Dezember stattgefunden hat, ohne Kepplers Zutun und Vorwissen zustande kam[10]). In Kepplers Bericht vom 19. Dezember an Schröder über sein Gespräch vom 16. Dezember mit Schacht, der auch Mitglied des Herrenklubs war, findet man z. B. keine Anspielung auf irgendein im voraus geplantes Unternehmen Papen gegenüber.

Ob Papen oder Schröder die Initiative zu diesem Sondierungsgespräch am 16. Dezember beim Jahresessen des Herrenklubs ergriffen hat, läßt sich aus den vorhandenen Quellen nicht eindeutig feststellen. Auf alle Fälle scheint es aber klar, daß es Keppler *nicht* gewesen ist. In seinem Brief an Schröder vom 19. Dezember bedankte sich Keppler bei Schröder für dessen telefonische Mitteilung vom vorigen Tag, daß Papen zu einer vertraulichen Aussprache mit Hitler bereit sei, in einer Weise, die darauf hindeutet, daß Keppler von dieser Nachricht angenehm überrascht worden war: „Ich begrüße es außerordentlich, daß Sie die Gelegenheit wahrgenommen haben, Herrn v. Papen zu sprechen, um damit wirklich eine Klärung der Lage herbeizuführen. ... Der Wunsch, eine Rücksprache zwischen P. und H. herbeizuführen, erscheint auch mir bei der gegebenen Sach-

[10]) *Franz von Papen*, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 253 f.; *dergl.*, Vom Scheitern einer Demokratie 1930–1933, Mainz 1968, S. 329, 334. Bemerkenswert ist, daß Papen in diesem zweiten Memoiren-Band zugegeben hat, daß die Aussprache vom 4. Januar 1933 „unter vier Augen zwischen Hitler und mir, unter zeitweiser Anwesenheit des Baron Schroeder" stattgefunden hat (S. 337), während er im ersten Memoiren-Band darauf bestanden hatte, das Gespräch habe ausschließlich unter vier Augen stattgefunden: Wahrheit, S. 256 (vgl. *Kuhn*, S. 710–714, der nur den ersten Band in Betracht zieht).

lage äußerst wichtig. Es wäre einerseits sehr zu begrüßen, wenn hierdurch eine volle Aufklärung der Vorgänge der letzten Wochen stattfinden würde, und man andererseits die Frage des künftigen Vorgehens erörtern würde. Zumal Herr v. Papen sicher am besten beurteilen kann, wie heute die Stimmung beim alten Herrn ist, und wie man am besten den bisher dort liegenden Widerstand überwinden kann."
Wenn man von einem „Kontaktmann" sprechen kann, dann war dieser eher Keppler als Schröder, denn er wurde durch Schröder eingeschaltet, um Hitler für eine Aussprache mit Papen zu gewinnen. Es ist aber denkbar, daß der Plan, Keppler als Kontaktmann zu benutzen, auf Papen selbst zurückzuführen ist. Denn der ehemalige Reichskanzler hatte Schröder früher im Jahr durch seinen Vertrauensmann Baron Kurt von Lersner kennengelernt. Da Lersner ein Korpsbruder und Duzfreund Schröders war und in ständigem Kontakt mit ihm stand, ist es durchaus möglich, daß Papen Kenntnis von Schröders Teilnahme am Keppler-Kreise hatte und ihn daher als brauchbaren Kontaktmann zu Keppler und über Keppler zu Hitler ins Auge gefaßt hatte.

Auch Kuhns Schlußfolgerung, der Text des erwähnten Briefes von Keppler an Hitler liefere Indizien für „eine selbständige Rolle Kepplers und seines Kreises" (S. 718) beim Zustandekommen des Treffens Hitlers mit Papen, ist unzulänglich. Diese Interpretation beruht hauptsächlich auf der Anwendung der inneren Quellenkritik auf einen Satz in diesem Briefe: „Herr v. P. hält eine baldige Änderung der politischen Dinge für möglich und erforderlich und tritt voll für Ihre Kanzlerschaft ein." Mit Recht bemerkt Kuhn, daß der Historiker es in diesem Falle mit einer Sekundärquelle zu tun hat, da Keppler dem Gespräch Schröder-Papen nicht beigewohnt hatte (S. 718). Man könnte hinzufügen, daß das gleiche für Kepplers ganzen Bericht an Hitler über die telefonische Mitteilung Schröders gilt. Zusätzlich stellt Kuhn fest, daß dieser Satz – im Gegensatz zu den Angaben Kepplers über Schröders Mitteilungen in bezug auf Papens kritische Einstellung Schleicher gegenüber – nicht in indirekter Rede, sondern im Indikativ geschrieben wurde, also „gar nicht mehr als Bericht Schröders formuliert" wurde (S. 718). Daraus zieht Kuhn den Schluß, daß Keppler, um das bisher schlechte Verhältnis zwischen Papen und Hitler zu überwinden, „die Bereitschaft Papens zum Ausgleich in übertriebener Form schildern" mußte: „Er muß betonen, daß Papen für Hitlers Kanzlerschaft eintritt, obwohl es offensichtlich nicht wahr ist (Papen rechnet sich selbst noch Chancen aus), weil

Hitler sonst nicht an den Verhandlungstisch zu bringen ist" (S. 718). Dabei läßt Kuhn außer acht, daß der Schlüsselsatz von Kepplers Schreiben an Hitler – „Herr v. P. wünscht mit Ihnen eine vertrauliche Aussprache zu haben, um Sie über die früheren Vorgänge aufzuklären und mit Ihnen über die weitere politische Gestaltung zu sprechen" – auch im Indikativ geschrieben wurde und daher auf Grund der inneren Quellenkritik ebenso anfechtbar ist.

Dieser Fall bietet ein Beispiel der begrenzten Möglichkeiten der inneren Quellenkritik. Denn obwohl Kuhn im methodologisch-didaktischen Teil seines Aufsatzes die Notwendigkeit erwähnt, die innere Quellenkritik durch die äußere zu ergänzen, macht er selber von der äußeren Quellenkritik bei der Auswertung dieses Briefes ungenügend Gebrauch. Er schreibt: „die Bemerkung, daß Papen für die Kanzlerschaft Hitlers eintrete", steht „im Widerspruch zu sämtlichen bisher erwähnten Quellen" (S. 717). Als Beweis dafür führt er aber nur Angaben in den von ihm benutzten veröffentlichten Quellen heran, die das *Gesprächsthema* bei der Unterredung Hitler–Papen am 4. Januar 1933 betreffen. Auf die Angaben in diesen Quellen über die im Dezember *in Aussicht gestellte Zielsetzung* – Angaben, die sowieso vage und widerspruchsvoll sind – geht Kuhn nicht ein. Noch schwerwiegender ist es aber, daß er bei der äußeren Quellenkritik einige sehr wichtige Dokumente völlig außer acht gelassen hat. Wie z. B. aus drei Briefen Kepplers hervorgeht, wurde ihm schon im November von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß Papen einer Kanzlerschaft Hitlers wahrscheinlich wohlwollend gegenüberstünde. Dies geschah in der Woche nach dem für die Papen-Regierung ungünstigen Ausgang der Reichstagswahlen vom 6. November, als ein Mittelsmann, Ewald Hecker, der zugleich Duzfreund des Kanzlers und Mitglied des Keppler-Kreises war, Papen aufsuchte und ihm davon Mitteilung machte, daß Keppler und einige andere Mitglieder dieses Kreises beabsichtigten, eine Eingabe an Hindenburg zu richten, die empfehlen würde, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. In Briefen an Schröder, Emil Helfferich und Carl Vincent Krogmann – drei der Mitglieder des Keppler-Kreises, die mit der geplanten Eingabe vertraut waren – teilte Keppler in der zweiten November-Woche mit, Hecker habe ihm nach seinem Gespräch mit Papen berichtet, daß der Kanzler nicht nur keine Einwände gegen die Überreichung der Eingabe an Hindenburg eingelegt, sondern selbst Ratschläge darüber angeboten habe. Hecker habe weiter berichtet, schrieb Keppler, daß die Aussicht gut sei, daß Papen sich für eine Kanzlerschaft Hitlers bei

Hindenburg einsetzen würde[11]). Als weitere Zeugen zu diesem Bericht Heckers nannte Keppler in seinem Schreiben an Schröder Heinrich Himmler und Hjalmar Schacht; da Schröder in Verbindung mit Schacht stand und daher in der Lage war, bei Schacht nachzufragen, hätte ihm Keppler kaum absichtlich eine falsche Darstellung von Heckers Bericht mitgeteilt. Selbstverständlich bleiben zwei Möglichkeiten offen: einmal, daß Hecker bei der Schilderung seines Gesprächs mit Papen dessen Bereitschaft zum Entgegenkommen übertrieben hatte; und zweitens, daß es sich bei Papen um eine bewußte Irreführung handelte (was übrigens auch im Falle seines Gesprächs mit Schröder am 16. Dezember nicht auszuschließen ist). Immerhin steht fest, daß Keppler schon im November von gut unterrichteter Seite gehört hatte, die Aussicht sei gut, daß Papen für eine Kanzlerschaft Hitlers eintreten würde, so daß ein Bericht von Schröder Mitte Dezember, Papen trete jetzt voll für diese Lösung ein, für Keppler nichts völlig Neues oder Unwahrscheinliches gewesen sein wird.

Die äußere Quellenkritik – d. h. der Vergleich des Briefes von Keppler an Hitler vom 18. Dezember mit anderen Dokumenten – zeigt weiter, daß Hitler nicht der einzige war, dem Keppler Mitteilung über Papens angeblich günstige Einstellung zu einer Kanzlerschaft Hitlers machte. Am 22. Dezember schrieb Keppler an Helfferich: „P. bat um eine Aussprache mit dem Führer, um ihm genauen Bericht zu geben und das weitere Vorgehen zu besprechen. Er ist bereit, sich nun voll für Hi. einzusetzen[12]).“ Bei diesem Schreiben kommen taktische Erwägungen der Art, die Kuhn in bezug auf Kepplers Brief an Hitler postuliert, nicht in Frage, denn im Falle des Hamburger Kaufmanns Helfferich – damals nicht einmal Nationalsozialist – gab es keinerlei Aussicht auf eine Beeinflussung Hitlers. Auch in Kepplers Brief an Schröder vom 19. Dezember wird eine Kanzlerschaft Hitlers als erwünschtes Ergebnis einer Intervention Papens bei Hindenburg in einer Weise erwähnt, die den Eindruck erweckt, dies sei am vorherigen Tage von Schröder und Keppler telefonisch besprochen worden. Zudem ergibt es sich aus diesem Brief, daß Keppler nicht vor der schwierigen Aufgabe stand, sich bei Hitler als einziger Befürworter eines Treffens mit Papen einzusetzen. Keppler be-

[11]) Keppler an Helfferich, 12. November 1932, in *Helfferich,* Tatsachen, S. 17; Keppler an Krogmann, 12. November 1932, Akte 913, Forschungsstelle (vgl. Anm. 8); Keppler an Schröder, 13. November 1932 (NI-209; vgl. Anm. 6).

[12]) Akte 913, Forschungsstelle (vgl. Anm. 8).

richtete Schröder nämlich, daß er am Tage davor – d. h. dem Tag von Schröders telefonischer Mitteilung – einen Besuch „des Herrn Himmler" gehabt hatte, „den ich orientierte, und ihm ein Schreiben an den Führer mitgab [wohl den Brief vom 18. Dezember]. Herr Himmler wird sich dafür auch einsetzen, daß diese Besprechung zustande kommt." Angesichts dieser sofortigen Zusage der Unterstützung seitens eines Intimus Hitlers wie Himmler, ist es unwahrscheinlich, daß Keppler zu einer bewußten Fälschung der Mitteilung Schröders in seinem Bericht an Hitler gegriffen hätte.

Wie sich aus der äußeren Quellenkritik ergibt, kann man auch aus dem zweiten von Kuhn angeführten Dokument – dem Brief Kepplers an Schröder vom 26. Dezember 1932 – keine „volle Klarheit" über „eine selbständige Rolle Kepplers und seines Kreises" bei „der Vorbereitung des Gesprächs vom 4. Januar" (S. 718) herauslesen. Kuhn meint, daß in diesem Briefe „die weitere Marschroute" bis zur ‚Machtergreifung' durch Keppler „festgelegt" wurde. Diesen Schluß zieht er auf Grund des dritten Absatzes, in dem Keppler Schröder Mitteilung über das von ihm gewünschte Ergebnis der Besprechung Hitlers mit Papen machte: Vermeidung einer Präsidentenkrise und Neubildung der Regierung vor Neuwahlen, die dann „unter der Parole: Hindenburg–Hitler" durchzuführen wären. „Vergleicht man einmal diese Zielsetzung mit dem wirklichen Ablauf der Ereignisse", schreibt Kuhn, „so muß man feststellen, daß alles so eingetroffen ist wie geplant" (S. 720). Und wie der Text des „entlarvenden" Briefes an Schröder vom 26. Dezember beweise, so argumentiert Kuhn, stammte dieser Plan, der zur Ernennung Hitlers am 30. Januar 1933 führte, von Wilhelm Keppler bzw. vom „Industriellenkreis" um ihn, die „ein eigenes Spiel" spielten (S. 721). Sie – nicht vordergründige Persönlichkeiten wie Hitler, Papen und Hindenburg – waren nach Kuhn die eigentlichen Regisseure der ‚Machtergreifung'.

Diese Interpretation Kuhns beruht letzten Endes auf der Annahme, daß die Vorstellungen über Ausgang und Folgen des Treffens Hitlers mit Papen, die Keppler in seinem Briefe an Schröder vom 26. Dezember zum Ausdruck brachte, tatsächlich von Keppler selbst bzw. seinem „Industriellenkreis" stammten. Wenn man jedoch die äußere Quellenkritik einschaltet, stellt sich heraus, daß es wenig Grund für eine solche Annahme gibt. Wie aus dem oben erwähnten Briefe Kepplers an Schröder vom 13. November hervorgeht, wurde nämlich die gleiche „Marschroute" – zum Teil wortwörtlich – schon

am 11. November festgelegt. An diesem Tage gab es, berichtete Keppler, „eine eingehende Aussprache" über die politische Lage, an der er, Schacht, Ewald Hecker (der Mittelsmann zu Papen) und Heinrich Himmler teilnahmen[13]). Dabei war man sich darüber einig, daß erfolgreiche Neuwahlen nur denkbar wären „unter der Parole: Hindenburg und Hitler" (also keine Neuwahlen und keine Präsidentenkrise vor der Ernennung Hitlers). Hier findet man Mitte November genau diejenigen Vorstellungen, die Kuhn als die „Zielsetzung" Kepplers bzw. seines „Industriellenkreises" Ende Dezember bezeichnet. Diese Vorstellungen vom November 1932 entstammten überdies einer politischen Aussprache, an der ein Intimus Hitlers – Himmler – teilgenommen hatte. Inwieweit Himmler die von Keppler berichteten Gedankengänge beeinflußt hat, läßt sich auf Grund dieses Briefes nicht feststellen, aber aus der übrigen Korrespondenz Kepplers aus jener Zeit ist es klar, daß Himmler damals als Verbindungsmann zwischen Hitler und Keppler, der im September auf Hitlers Geheiß nach Berlin umgezogen war, gedient hat. Und auffallend ist diese Feststellung Kepplers in dem Briefe an Schröder vom 13. November: „Herr Himmler war der Anschauung, daß alle vorgesehenen Maßnahmen auch den Ideen des Führers entsprechen würden. . . ." Es scheint also durchaus möglich, daß die „Zielsetzung" vom 26. Dezember 1932, die Kuhn Keppler bzw. seinem Kreise zuschreibt, in Wirklichkeit einfach die strategische Linie des Braunen Hauses nach der Wahlniederlage vom 6. November war. In diesem Falle wäre Wilhelm Keppler kein spiritus rector, sondern bloß der Vollstrecker seines Auftraggebers: Adolf Hitler.

Kuhn argumentiert zwar, daß Kepplers Brief an Schröder vom 26. Dezember unmöglich „auf einen Wink Hitlers hin geschrieben" worden sein könnte, denn die Annahme, Keppler sei „nur Hitlers Sprachrohr" würde nach Kuhn die Interpretation dieses Briefes „in unentwirrbare Widersprüche verstricken" (S. 721). Dies sei so, meint er, weil in dem Briefe die Chancen Hitlers bei dem Gespräch mit Papen angeblich „nicht allzu optimistisch" eingeschätzt wurden. Hitler hätte, argumentiert Kuhn, kaum die Dummheit besessen, ungünstige Chancen seinerseits „seinem Gesprächspartner Papen (über Keppler und Schröder) mitzuteilen" und dadurch die eigene Ver-

[13]) NI-209 (vgl. Anm. 11). *Reinhard Vogelsang* berichtet irrtümlicherweise in seinem Band Der Freundeskreis Himmler, Göttingen 1972, S. 42, daß diese Aussprache am 11. Dezember in Anwesenheit Papens stattgefunden habe.

handlungsposition abzuschwächen. Dies mag wohl stimmen, aber auf Grund der inneren Quellenkritik, findet man in diesem Briefe nichts, was Hitlers Verhandlungsposition hätte abschwächen können. Weit entfernt davon, etwas Nachteiliges über Hitlers Aussichten an Schröder zu berichten, betonte Keppler Hitlers Verstimmung gegenüber Papen infolge der Zurückweisung seines Anspruchs auf die Kanzlerschaft im vorigen August sowie Hitlers angeblich erst allmählich sich bessernde Stimmung. Wenn man den Brief taktisch interpretiert, wäre es wohl Kepplers Ziel gewesen, Hitlers Verhandlungsposition zu stärken, indem er Schröder dazu anspornte, Papen die Ratsamkeit einer entgegenkommenden Haltung nahezulegen, um Hitler zu versöhnen. Es scheint daher durchaus nicht undenkbar, daß dieser Brief, wenn nicht unbedingt „auf einen Wink Hitlers hin", so doch im Einvernehmen mit ihm bzw. seinen Vertrauensleuten abgefaßt wurde. Aus der übrigen Korrespondenz Kepplers aus dieser Zeit ergibt sich nämlich, daß er in engem Kontakt mit dem Braunen Hause stand.

Auffallend an dem Aufsatz Kuhns ist, daß Ursprung und Zusammensetzung des angeblich so mächtigen „Industriellenkreises" um Keppler nicht gründlich analysiert werden. Der Leser hat den Eindruck, es habe sich um ein Gremium von wichtigen „Großindustriellen" (S. 721) gehandelt, die „der NSDAP freundlich gegenüberstanden" (S. 716) und sich vermutlich für diese Partei einsetzten, um als „Hintermänner" (S. 721) den Gang der politischen Ereignisse zu steuern. In Wirklichkeit war es anders. Wie aus wiederholten Aussagen Kepplers nach dem Kriege konsequent hervorgeht, wurde der Keppler-Kreis im Frühjahr 1932 infolge eines Befehls von Hitler begründet, mit dem Zweck der Beratung der Parteileitung in wirtschaftspolitischen Fragen. Hitler war, sagte Keppler mehrmals aus, von seinen bisherigen wirtschaftlichen Beratern in der Partei enttäuscht und wollte sich den Rat einer Gruppe von erfahrenen praktischen Männern der Wirtschaft für den Fall einer Übernahme der Regierung holen. Es handelte sich ursprünglich, betonte Keppler nach dem Kriege, um eine technische, nicht um eine politische Aufgabe, und Hitler hatte nur die eine Bedingung genannt, nämlich, daß die Teilnehmer der NSDAP gegenüber nicht feindlich eingestellt sein sollten[14]. Nach allen Indizien scheint der Keppler-Kreis sich *als Gruppe*

[14]) Siehe den Bericht über das Verhör von Keppler im September und Oktober 1945, U.S. National Archives, RG 59 (Microcopy M-679, Rolle 2); RG 238, Pre-Trial Interrogations, Verhöre vom 24. November 1945, 13., 16. und 30. August 1946; RG 238, Case 5, vol. 17a, Aussage vom 18.

in der Tat nur einmal vor der „Machtergreifung" politisch betätigt zu haben: bei der Organisation der Eingabe an Hindenburg im November 1932, worauf unten ausführlicher eingegangen wird. Bei ihren drei oder vier Treffen als Gremium (die Angaben über die Anzahl der Zusammenkünfte stimmen nicht überein) besprachen die Mitglieder des Kreises technische wirtschafts- und finanzpolitische Fragen und befaßten sich mit ihnen in verschiedenen Denkschriften[15]. Es handelte sich also nicht von vornherein um einen ‚Ring' von politischen Intriganten.

Der Keppler-Kreis bestand zudem keineswegs ausschließlich oder auch nur vorwiegend aus Industriellen, geschweige denn „Großindustriellen". In den verschiedenen später aufgestellten Listen der ursprünglichen Teilnehmer (die miteinander nicht übereinstimmen) beträgt die Anzahl der Industriellen zwischen drei und fünf von insgesamt ungefähr zwölf[16]. Von diesen zählte ein einziger – Albert

August 1947 (S. 5591–5598, 5614–5615); Case 11, vol. 30a, Aussage vom 16. Juli 1948 (S. 12688–12699); vol. 45a, Aussage vom 1. September 1948 (S. 19219–19221); RG 238, NI-903 (Microcopy T-301, Rolle 9), Eidesstattliche Erklärung vom 24. September 1946.

[15]) Siehe *Helfferich*, Tatsachen, S. 14–15; Keppler-Krogmann Korrespondenz, Akte 913, Forschungsstelle (vgl. Anm. 8); *Vogelsang*, Der Freundeskreis Himmler, S. 31–34. Unter den Mitgliedern wurde die Gruppe verschiedentlich „Studienausschuß für Wirtschaftsfragen" (Helfferich, S. 14) oder „Wirtschaftspolitischer Studienausschuß" (Ewald Hecker an Direktor Julius Fromme, 22. Juli 1932, Werksarchiv der Ilseder Hütte, Nr. 13, Aufsichtsrat 1922–1932) genannt.

[16]) Auf der Liste in *Helfferichs* Memoiren (S. 13 f.) erschienen die Namen *Ewald Hecker* (ein ehemaliger Beamter und Offizier, der mit der Tochter eines der Hauptaktionäre eines mittleren Eisen- und Stahlwerkes, der Ilseder Hütte in Peine, verheiratet war und nach dem ersten Weltkrieg in deren Verwaltung eintrat und 1929 Vorsitzender des Aufsichtsrats wurde; siehe die biographischen Angaben in *Georg Wenzel,* Deutscher Wirtschaftsführer, Hamburg 1929, Spalte 882; dazu wurde Hecker im Jahre 1931 Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Hannover; vgl. Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934, S. 176 f.); *August Rosterg* (Generaldirektor der Kali-Industrie AG; vgl. *Wenzel,* Wirtschaftsführer, Spalte 1870); und *Albert Vögler* (Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke: vgl. *Wenzel,* Wirtschaftsführer, Spalten 2340–2341). In der von *Vogelsang,* Freundeskreis, S. 24, zusammengestellten Liste erscheinen zwei zusätzliche Namen, die der Industrie zugeschrieben werden: Dr. *Rudolf Bingel,* Ingenieur und Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckertwerke in Berlin: *Wenzel,* Wirtschaftsführer, Spalte 197; und Dr. *Heinrich Schmidt,* den Keppler allerdings als

Vögler – zu den großen Ruhrindustriellen, und er scheint an den Zusammenkünften des Kreises nicht regelmäßig teilgenommen zu haben[17]). Die übrigen Teilnehmer waren Agrarier, Bankiers, Kaufleute und Reeder. Einer der Bankiers, Kurt von Schröder aus Köln, ist in der Literatur häufig als einflußreicher Mann unter den damaligen Großindustriellen geschildert worden. Aber vor seiner Aufnahme in den Kreis durch Keppler (der ihn einige Jahre vorher anläßlich eines erfolglosen Versuchs, Kapital von Schröders Bank für Geschäftszwecke zu bekommen, kennengelernt hatte) war Schröder unter den führenden Leuten der Ruhrindustrie wenig bekannt und ohne großen Einfluß[18]). Besser bekannt und viel einflußreicher war

einen Rechtsanwalt aus Hannover identifiziert hat: Aussage in Case 5, 18. August 1947, S. 5594 (vgl. Anm. 14).

Zeitgenössische Unterlagen über die Zusammensetzung des Kreises sind nicht aufgefunden worden, und wie *Vogelsang,* Freundeskreis, S. 24, richtig feststellt, gab es „keine Mitgliedschaft im Sinne eines Vereins". Im Sommer 1932 kam Otto Steinbrinck, der Mitarbeiter von Friedrich Flick, in Berührung mit dem Kreise und scheint nach seinen Aussagen nach dem Kriege an ein paar Sitzungen teilgenommen zu haben, obwohl er ein ständiger Teilnehmer anscheinend erst nach der ‚Machtergreifung' wurde: U.S. National Archives, RG 238, Erklärung Steinbrincks vom 25. Januar 1947; Case 5, vol. 15a, Aussage Steinbrincks vom 6. August 1947 (S. 4998–5000); ebenda, vol. 16a, Aussage Steinbrincks vom 8. August 1947 (S. 5103–5104). Kepplers eigene Aussagen über die ursprüngliche Zusammensetzung des Kreises gehen weit auseinander: siehe z. B. sein Verhör vom 13. August 1946 und seine Aussage in Case 5 am 18. August 1947 (vgl. Anm. 14).

17) Laut Helfferichs Memoiren fehlte Vögler bei der einzigen Zusammenkunft des Kreises mit Hitler, die nach Helfferich am 20. Juni stattfand: *Helfferich,* Tatsachen, S. 14.

18) In seinem Aufsatz wirft mir Stegmann vor, ich hätte attestiert, daß Schröder „keinerlei Beziehung zur Industrie vor 1933 unterhalten" habe (S. 438), während ich in Wirklichkeit lediglich festgestellt habe, daß Schröder damals in diesen Kreisen „wenig Einfluß hatte" (Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 28, Anm. 46). Ein dokumentarisches Beispiel dafür bietet der unten erwähnte Brief Schachts an Paul Reusch vom 6. Juni 1932, worin Schacht diejenigen aufzählt, die sich bereit erklärt hatten, seine in Aussicht gestellte Arbeitsstelle (siehe unten) finanziell zu unterstützen. Im Gegensatz zu den anderen genannten Industriellen und Bankiers wurde Schröder mit vollem Namen und (in Klammern) Berufsangabe aufgeführt, offenbar in der Annahme, daß Schröder Reusch völlig unbekannt sein könnte. Stegmanns Behauptung, daß es „besonders enge Beziehungen" zwischen Schröder und Albert Vögler gegeben habe, beruht einzig und allein auf einem Bericht in den Memoiren Helfferichs über die Zusagen zur Teilnahme am Keppler-Kreise: „Keppler erhielt noch einige weitere Zusagen, die letzte – via von Schröder – am 13. Juni von Albert Vögler" (*Helffe-*

eine andere Persönlichkeit aus der Bankwelt, Hjalmar Schacht. Im Jahre 1932 hatte der ehemalige Reichsbankpräsident jedoch keine verantwortliche Stellung in der Wirtschaft inne und spielte nicht einfach die Rolle eines Agenten der Großindustrie, die ihm oft zugeschrieben worden ist. Stattdessen trat er eher als ein selbständiger, ehrgeiziger Mann auf, der darauf aus war, seine Rückkehr in eine machtvolle politische Stellung durch Förderung der NSDAP zu erzielen. Er war durchaus bereit, sich im Einvernehmen mit Großindustriellen politisch zu betätigen, wenn dies ihm als vorteilhaft für seine Bemühungen erschien, die Gunst Hitlers zu erwerben. In anderen Fällen handelte Schacht aber politisch auf eigene Faust und äußerte sich manchmal ausgesprochen verächtlich über die führenden Großindustriellen[19]).

rich, S. 13), wobei die Möglichkeit offenbleibt, daß Schröder bei dieser Gelegenheit als bloßer Bote zwischen Keppler und Vögler gedient hat, was keine „engen Kontakte Schroeders zur Schwerindustrie, bes. zu Vögler“ voraussetzt (*Stegmann* Anm. 132, S. 426; Anm. 206, S. 438). Von Stegmann unerwähnt blieb Schröders Zugehörigkeit 1932 zum Aufsichtsrat einer Holding-Gesellschaft, der Charlottenhütte A.G., dessen Vorsitzender Vögler war; aber auch aus dieser Tatsache läßt sich schwerlich auf „besonders enge Beziehungen“ zwischen diesen zwei Männern schließen, denn der Aufsichtsrat zählte insgesamt vierundzwanzig Mitglieder: vgl. Handbuch der Deutschen Aktien-Gesellschaften, Jg. 37, Berlin 1932, Bd. 4, S. 5402. Was Schröders Stellung in Unternehmerkreisen im allgemeinen anbetrifft, so ist es auffallend, daß sein Name in den damals umfangreichsten Registern von prominenten Persönlichkeiten der Wirtschaft nicht erschien: *Wenzel,* Wirtschaftsführer; Jahrbuch für den Ruhrkohlenbezirk. Ein Führer durch die niederrheinisch-westfälische Montanindustrie, die Elektrizitätswerke und Großbanken ..., herausgegeben vom Verein für die bergbaulichen Interessen, Jg. 30, Essen 1932. Im Entnazifizierungsverfahren gegen Schröder sagte ein Sachkundiger aus, Schröders Bankhaus (J. H. Stein, Köln) sei als „mittlere Privatbank“ zu bezeichnen: Aussage von Robert Esser, 18. November 1948 in Akten des Schröder-Prozesses, II, S. 72, Archiv des Spruchgerichts Bielefeld.

[19]) Siehe z. B. Schachts Rede auf der Harzburger Tagung im Oktober 1931 (vgl. unten), die seine Bekannten im Großunternehmertum überraschte und von deren Inhalt sie erst nachträglich erfuhren; vgl. den Briefwechsel zwischen Paul Reusch und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Oktober 1931, im Krupp-Archiv, Villa Hügel, R 216[1]. Siehe auch Kepplers Bericht an Helfferich über Schachts Äußerung vom Oktober 1932: „es gebe kaum etwas mit weniger Intelligenz und Charakter als die deutschen Industriellen in der Politik“ (*Helfferich,* Tatsachen, S. 16) sowie seinen Brief an Hitler vom 12. November 1932, worin er die „Schwerfälligkeit“ der Schwerindustrie verspottet: U.S. Nürnberg-Dokument EC 456, jetzt abgedruckt bei *Czichon,* Wer verhalf Hitler, S. 64.

Man kann nicht einmal Wilhelm Keppler selbst im Jahre 1932 ohne weiteres als Industriellen bezeichnen, wie es bei Kuhn der Fall ist: „Leiter der Chemischen Werke Odin GmbH ..." (S. 716). Keppler ist zwar bis Anfang 1932 einer der Direktoren dieses kleinen Ein-Produktwerkes (Fotogelatine), dessen Generaldirektor sein Onkel war, gewesen[20]. Außerdem ist er auch einer der Direktoren eines zweiten kleinen Familienunternehmens ähnlicher Art gewesen. Aber wegen seiner wachsenden politischen Tätigkeit für die NSDAP seit dem Herbst 1931 war er in Zwistigkeiten mit denjenigen Familienangehörigen geraten, die die Mehrheit des Kapitals dieser zwei Firmen besaßen. Anfang 1932 verkaufte er infolgedessen seine Anteile und schied aus den Firmen aus[21]. Seitdem widmete er sich ausschließlich seiner Parteiarbeit. Die personelle Zusammensetzung seines Kreises ist anscheinend hauptsächlich auf seinen begrenzten Bekanntenkreis zurückzuführen, und der Mangel an Großindustriellen läßt sich wohl dadurch erklären, daß er als einer der Direktoren zweier kleinerer chemischer Werke wenig Kontakt zu den führenden Leuten der Industrie hatte[22]. Der Name des einzigen Ruhrindustriellen, der dem

[20]) Aus dem Gründungsvertrag vom Jahre 1921 geht hervor, daß das Stammkapital der Chemischen Werke Odin G.m.b.H. nur eine Million Mark betrug. Davon investierte die amerikanische Eastman Kodak Company die Hälfte, während Kepplers Onkel, Heinrich Stoess, 6/20, dessen Vetter, Dr. Walter Stoess 2/20 und Keppler selbst 2/20 aufbrachten. Durch diesen Vertrag verpflichtete sich Kodak, den Absatz der Firma auf zehn Jahre hin zu kaufen: Chemische Werke Odin G.m.b.H. Articles of Limited Liability Company, Heidelberg, 7. September 1921, im Archiv der Eastman Kodak Company, Rochester, New York. Keppler erscheint nicht in dem einschlägigen Register der wichtigen deutschen Unternehmer jener Zeit: *Wenzel*, Deutscher Wirtschaftsführer.

[21]) Siehe Kepplers Aussage im Nürnberger Industrieprozeß 11 (vgl. Anm. 14), vol. 30a, S. 12 698 f. In seinem Verhör am 13. August 1946 (vgl. Anm. 14) sagte Keppler aus, er habe seinen Anteil an den Chemischen Werken Odin GmbH im Laufe der Jahre von 10% auf 20% erhöht. Vgl. auch *Vogelsang*, Freundeskreis, S. 23; *Helfferich*, Tatsachen, S. 9.

[22]) In seinem Verhör am 13. Oktober 1947 (vgl. Anm. 14) sagte Keppler aus, daß er in seiner Jugend Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, mit dem sein Vater bekannt war, kennengelernt hatte; er gab aber zu, Krupp von Bohlen erst ab 1933 wieder begegnet zu sein. Bezeichnend für Kepplers Unkenntnis der Großindustrie ist es, daß er in einem Brief an Schröder vom 28. November 1932 (NI-211; vgl. Anm. 6) diesem dankte „für Ihre Bemühungen bei den Herren des Ruhrladens." Dies deutet darauf hin, daß Keppler nicht einmal mit dem richtigen Namen der wichtigsten geheimen Elite-Organisation der rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohleindu-

Kreise beitrat – Albert Vögler – wurde ihm (laut Kepplers Aussagen nach dem Kriege) möglicherweise von Hitler selbst vorgeschlagen[23]). Auch die zweite bekannte Persönlichkeit des Kreises – Schacht – scheint Keppler von Hitler empfohlen worden zu sein[24]). In seiner Aussage nach dem Kriege bemerkte Keppler, wohl nicht ohne Grund, daß er damals „kein großer Wirtschaftler“ gewesen sei, weil er „immer nur mittlere Betriebe geleitet“ hätte. Daher habe er sich vorgenommen, berichtete er, die Diskussionen der viel erfahreneren Mitglieder vor allem zur eigenen Schulung in wirtschaftspolitischen Fragen auszunutzen[25]). Auch in seiner Korrespondenz mit anderen Teilnehmern am Kreise tritt Keppler keineswegs als ein eindringlicher Führertyp, dessen Gewohnheit es war, die Initiative zu ergreifen, auf. Diejenigen, die seine Persönlichkeit beschrieben haben, schildern ihn eher als einen zurückhaltenden, fast schüchternen Menschen[26]). Und in der Jagd auf hohe Stellen, die nach dem 30. Januar 1933 einsetzte, wurde er rasch beseite geschoben und mußte sich jahrelang mit unbedeutenden Aufgaben begnügen. Sogar der Keppler-Kreis selbst wurde ihm bald entrissen und in den berüchtigten Freundeskreis Himmler umgewandelt[27]). Überhaupt verträgt sich Kepplers Persönlichkeit schlecht mit der ihm zugeschriebenen Rolle eines „Meisters“ (S. 721) der Manipulation von anderen Menschen bei der Vorbereitung des Treffens von Hitler mit Papen am 4. Januar 1933.

strie – der *Ruhrlade* – vertraut war, geschweige denn mit ihrer Zusammensetzung und Tätigkeit.

[23]) In seiner Aussage im Nürnberger Industrieprozeß Nr. 5 am 18. August 1947 (vgl. Anm. 14), S. 5592, sagte Keppler aus, Hitler habe ihm nur zwei Namen genannt: Vögler und Schacht. In seiner eidesstattlichen Erklärung vom 24. September 1946 (NI-903; vgl. Anm. 14) war er allenfalls weniger sicher: „Soweit mir in Erinnerung ist, hat der Führer außer Schacht und möglicherweise Albert Vögler keine Namen genannt und mir die Auswahl überlassen.“ In seinem Verhör am 30. August 1946 sagte er aus, Schacht sei der einzige, den Hitler ihm genannt habe (vgl. Anm. 14).

[24]) Ebenda.

[25]) Aussage vom 18. August in Case 5, vol. 17a, S. 5598 (vgl. Anm. 14).

[26]) Vgl. *Helfferich,* Tatsachen, S. 9; *Hans Kehrl,* Krisenmanager im Dritten Reich, Düsseldorf 1973, S. 42.

[27]) Siehe Kepplers eigene Schilderung seiner Laufbahn im Dritten Reich: U.S. National Archives, RG 238, Dokument NG-1640, eidesstattliche Erklärung Kepplers vom 27. Mai 1947. Erst im Jahre 1938 bekam er eine höhere Stellung als Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Reichsbeauftragter für Österreich. Vgl. auch *Kehrl,* Krisenmanager, S. 42. Siehe auch *Vogelsang,* Freundeskreis, S. 52 ff.

Es ist sehr zu bezweifeln, ob im Falle der Vorbereitungen für dieses Treffen Kuhns Annahme, Kepplers politische Vorschläge „werden in der Regel mit anderen Industriellen besprochen worden sein" (S. 717), begründet ist. Aus der äußeren Quellenkritik ergibt sich nämlich, daß Keppler in seiner Korrespondenz mit Schröder wiederholt die Notwendigkeit von größter Vertraulichkeit bei den Vorbereitungen betont hatte. In seinem Brief vom 19. Dezember empfahl er, möglicherweise auf Geheiß Himmlers, mit dem er das geplante Treffen am Tage zuvor besprochen hatte, daß man den Zeitpunkt so wählen müsse, daß Hitler bei Dunkelheit eintreffen und abfahren könnte. Es sei „unbedingt notwendig", schrieb er weiter, „daß von diesem Zusammentreffen nichts nach außen bekannt wird." In einem Brief an Schröder vom 29. Dezember, in dem die letzten Vereinbarungen für das Treffen bestätigt wurden, erwähnte Keppler nicht einmal – wie gewöhnlich – die Buchstaben „H." bzw. „Hi.", sondern schrieb von „meinem Schwager ..., der sich freute, daß der in Aussicht genommene Zeitpunkt auch dortseits genehm war" und teilte Schröder weiter mit: „Für den Fall, daß mein Schwager bei Ihnen eine Mahlzeit einnehmen sollte, muß ich Ihnen mitteilen, daß er keine Umstände liebt, keinen Alkohol trinkt (nur Wasser, Fruchtsaft und Milch), und zudem seit 1–2 Jahren nur vegetarische Kost genießt ...[28])." Nach der Schilderung von Hitlers damaligem Pressechef, Otto Dietrich, wurde nicht einmal dessen Stab von Mitarbeitern über das Treffen eingeweiht, und Hitler wechselte das Auto auf geheimnisvolle Weise auf der Fahrt zu Schröders Haus in Köln[29]). Angesichts dieser Atmosphäre der Verschwiegenheit, ist es kaum wahrscheinlich, daß Keppler seinen Brief an Schröder vom 26. Dezember – wie Kuhn suggeriert – im Einvernehmen mit seinem weit verstreuten und schwer kontrollierbaren „Industriellenkreis" abgefaßt hätte. Und in Kepplers Korrespondenz mit zwei weiteren Mitgliedern des Kreises – Helfferich und Krogmann – findet man in der Tat nichts

[28]) NI-215 (vgl. Anm. 6). Am 2. Januar 1933 schrieb Keppler allerdings in einem weiteren Brief an Schröder (NI-216) nochmals von „H." und – in einem handschriftlichen Postskriptum – sogar vom „Führer". Möglicherweise ging dieser Brief nicht durch die Post, sondern wurde – wie anscheinend der oben analysierte Brief Kepplers an Hitler vom 18. Dezember – durch einen Boten überbracht.

[29]) *Otto Dietrich,* Mit Hitler in die Macht, 5. Aufl. München 1934, S. 169 f. Alle Darstellungen des Treffens stimmen darin überein, daß Hitler bei seiner Ankunft im Hause Schröders nur von Hess, Himmler und Keppler begleitet wurde.

über die Vorbereitungen für das Treffen. Zwar hatte Keppler wenigstens Helfferich früher von Papens Bereitschaft zu einer Aussprache mit Hitler informiert[30]). Aber in seinem Brief an Krogmann vom 29. Dezember – also mitten in den letzten Vorbereitungen – fehlt auffallenderweise jede Erwähnung des Treffens[31]). Aus dem Brief Schachts an Keppler vom 6. Januar 1933, in dem er letzterem zum Zustandekommen des Treffens gratulierte, geht nicht einmal klar hervor, ob selbst Schacht vorher informiert worden war[32]). Denn trotz aller Bemühungen um Vertraulichkeit, wurde die Presse im voraus über Ort und Zeitpunkt der Zusammenkunft informiert, mit der Folge, daß Berichte darüber am Morgen des 5. Januars in den Zeitungen erschienen; es ist mithin möglich, daß Schacht erst nachträglich daraus erfuhr, Hitler und Papen hätten sich im Hause Schröders getroffen. Wenn Keppler bei den letzten, streng vertraulichen Vorbereitungen für das Treffen mit jemandem im Einvernehmen gehandelt hat, so ist es wahrscheinlich, daß es nur Hitler bzw. seine Vertrauensleute gewesen sind.

Diese Betrachtungen rechtfertigen allerdings in keiner Weise den Schluß, daß der Keppler-Kreis mit dem Zustandekommen des Treffens vom 4. Januar 1933 nichts zu tun hatte. Es ist nämlich unbestreitbar, daß die Entstehung des Kreises es einigen der Mitglieder ermöglichte, eine Schlüsselrolle dabei zu spielen. Dies war aber nicht die von Kuhn dem Kreise zugeschriebene Rolle einer selbständigen, manipulierenden „dritte(n) Macht" neben Hitler und Papen, die die Aussprache zwischen diesen zwei Männern initiiert und in ihrem eigenen Sinne gesteuert hat. Stattdessen liegt die Bedeutung des Keppler-Kreises für das Ereignis des 4. Januar 1933 darin, daß seine personelle Zusammensetzung eine wirksame Kombination von Persönlichkeiten in sich barg, die bei der Entstehung des Kreises im Frühjahr 1932 allem Anschein nach wohl kaum geahnt werden konnte. Denn diese ursprünglich als wirtschaftspolitisches Beratergremium ins Leben gerufene kleine Gruppe offerierte infolge ihrer Zusammensetzung eine Reihe von Mittelsmännern, die unter den nicht vorauszusehenden Umständen des Winters 1932–1933 eine hochpoliti-

[30]) Brief vom 22. Dezember, Akte 913, Forschungsstelle (vgl. Anm. 8).

[31]) Ebenda.

[32]) NI-218 (vgl. Anm. 6). In seinem Aufsatz führt Stegmann dieses Dokument (das in *Czichon*, Wer verhalf Hitler, abgedruckt wurde) sogar als Beweis dafür heran, daß Schröder Schacht schon, „bevor er seine Sondierungen mit Papen aufnahm", informiert hatte (S. 438–439).

sche Rolle spielen konnten. Mittels der persönlichen Bekanntschaften dieser Verbindungsmänner konnten nämlich zwei ehrgeizige, rücksichtslose und bisher sich gegenseitig Befehdende – Hitler und Papen – ein Bündnis eingehen. Ewald Hecker, der mit Papen befreundet war, berichtete Keppler Mitte November über die ersten Andeutungen Papens, daß er möglicherweise für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen sei. Kurt von Schröder lernte Papen anscheinend erst nach seinem Beitritt zum Keppler-Kreise kennen, und zwar durch seinen Korpsbruder und Duzfreund Kurt von Lersner, der ein Berater des Kanzlers war – mit der Folge, daß Schröder im Dezember imstande war, als Mittelsmann zwischen Papen und Hitlers Beauftragtem Keppler zu dienen[33]). Wenn eine mögliche Initiative seitens eines Mitglieds des Keppler-Kreises in bezug auf das Treffen vom 4. Januar 1933 überhaupt in Frage kommt, kann es sich nur um die Rolle Schröders bei seinem Gespräch mit Papen am 16. Dezember handeln. Über dieses wichtige Gespräch gibt es jedoch keine Informationen von dritter Seite, sondern nur die Aussagen der beiden Teilnehmer. Nach Papens nachträglichen Schilderungen stammte der Vorschlag eines Treffens mit Hitler von Schröder, so daß nach Papen die Initiative auf ein Mitglied des Keppler-Kreises zurückzuführen wäre. Aber wie Kuhn richtig feststellt, haben die Angaben Papens durchwegs einen niedrigeren Aussagewert als die Schröders, der nach dem Kriege darauf bestanden hat, der Vorschlag sei von Papen gekommen[34]). Auf alle Fälle ist von keiner der Hauptfiguren jemals behauptet worden, daß der Anstoß zu dem Treffen von seiten des

[33]) Zur Rolle Lersners siehe die folgenden Briefe aus der Korrespondenz Schröders (vgl. Anm. 6): NI-200, Lersner an Schröder, 2. August 1932; NI-201, Papen an Schröder, 1. Oktober 1932; NI-202, Lernser an Schröder, 6. Oktober 1932; NI-203, Lersner an Schröder, 8. Oktober 1932; NI-207, Lersner an Schröder, 24. Oktober 1932; NI-249, undatierte Erklärung Schröders über seine politische Tätigkeit: „Appendix-E (2)" auch in Microcopy T-301, Rolle 3.

[34]) Entgegen der Annahme von Kuhn (S. 710, Anm. 2), daß die bei *Czichon*, Wer verhalf Hitler, S. 77–79, abgedruckte Erklärung Schröders eine „andere Übersetzung" der Erklärung Schröders in: Ursachen und Folgen vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsgg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Bd. 8, Berlin o. J., S. 743, sei, handelt es sich dabei um zwei verschiedene Erklärungen. Die in „Ursachen und Folgen" abgedruckte Erklärung entstand am 5. Dezember 1945 und trug während der Nürnberger Prozesse die Bezeichnung 3337-PS (jetzt U.S. National Archives, RG 238). Die von Czichon abgedruckte Erklärung trägt das Datum des 21. Juli 1947 und die Bezeichnung NI-7990 (Microcopy T-301,

Keppler-Kreises als Gruppe bzw. von Keppler persönlich gekommen sei[35]). Dazu kommt, daß Kuhns Versuch, Hitler als widerstrebenden Teilnehmer zu schildern, nicht überzeugend ist. Nach allen Indizien waren sowohl Hitler wie Papen ohne Zögern zu einem Treffen miteinander bereit. Diese zwei Männer – und keine „dritte Macht" aus der Großindustrie – waren die Hauptakteure der Tragödie, die sich im Hause Kurt von Schröders anbahnte. Schließlich sollte, im Gegensatz zu dem von Kuhn erweckten Eindruck, daran erinnert werden, daß das Schicksal des damaligen Deutschland am 4. Januar 1933 nicht besiegelt wurde. Es bedurfte noch fast eines Monats der Intrigen und der energischen Interventionen anderer Gruppen als der Großindustrie – Großagrarier, Militärs, Kamarilla um Hindenburg –, um Adolf Hitler an die Spitze der Reichsregierung zu bringen.

Rolle 66). Schröder sagte weiter über das Treffen vom 4. Januar 1933 und seine Vorgeschichte am 1. Dezember 1945 aus: NI-246 (Microcopy T-301, Rolle 3), sowie bei seinem Entnazifizierungsverfahren: Lebenslauf, S. 3 f. (vgl. Anm. 18). Mit einer Ausnahme stimmen Schröders Aussagen nach dem Kriege miteinander überein, daß die Initiative von Papen ausgegangen sei. Es handelt sich bei dieser Ausnahme um seine Äußerung im Verhör am 18. Juni 1947: „Damals habe ich bei Papen anfragen lassen durch Keppler, ob er bereit wäre zu einem Treffen mit Hitler": RG 238, Pre-Trial Interrogations (vgl. Anm. 14). Da diese Schilderung im Widerspruch zu sämtlichen zeitgenössischen Dokumenten und zu den anderen Aussagen Schröders nach dem Kriege sowie zu denen Papens und Kepplers steht, handelt es sich offenbar in diesem Falle um eine verworrene oder falsch stenographierte Aussage.

[35]) Auf Grund von Schröders Erklärung vom 21. Juli 1947 (vgl. Anm. 34) behauptet Stegmann zwar in seinem Aufsatz (S. 438 f.), daß Schröder „sich, bevor er seine Sondierungen mit Papen aufnahm, durch Gespräche mit Vertretern der Industrie politisch abgesichert ..." hatte. Aus dem Text der Erklärung scheint jedoch eindeutig hervorzugehen, daß Schröder sich bei ungenannten „Herren der Wirtschaft" (also nicht notwendigerweise „Vertretern der Industrie") erst *nach* dem Sondierungsgespräch mit Papen erkundigt hatte: „Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte." Schröder schrieb dann generalisierend weiter: „Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde." Es ist also auf Grund seiner Erklärung nicht möglich, festzustellen, bei wem er sich erkundigt hat und inwieweit Mitglieder des Keppler-Kreises dabei eine Rolle gespielt haben.

Dirk Stegmanns Aufsatz ist umfassender als man angesichts der Datierung im Titel – 1930–1933 – erwartet, denn auf den ersten fünfzehn Seiten beschäftigt er sich ausschließlich mit Entwicklungen vor 1930. Im Anschluß an seine Dissertation – Die Erben Bismarcks (Köln 1970) – und einen Aufsatz im gleichen Periodikum vom Jahre 1972[36]) vertritt er nämlich die These – auf die hier wegen Platzmangels nicht eingegangen werden kann –, daß es eine ununterbrochene Kontinuität zwischen den reaktionären Kräften des Kaiserreichs, zu denen er die Großindustrie zählt, und dem Nationalsozialismus bzw. dessen Hintermännern gab. Außerdem stellt Stegmann am Anfang seines Aufsatzes einen neuen methodologischen Ansatz in Aussicht. Dort äußert er sich sehr kritisch sowohl über die marxistische Geschichtsschreibung (S. 399–400) wie über die „ältere Forschungsrichtung" im Westen. Die letztere beschränke sich auf die Frage, meint er, „inwieweit die deutschen Großindustriellen bereit waren, die NSDAP zu finanzieren", wobei „strukturelle, sozialgeschichtlich relevante Aspekte nicht genügend herausgearbeitet" würden (S. 401). Nachdem er die „Tradition einer personalistisch eingefärbten politischen Geistesgeschichte" verurteilt hat, gibt Stegmann auf der gleichen Seite bekannt, das Ziel des eigenen Aufsatzes sei „Geschichte als Sozialgeschichte, nicht als mit sozialen ‚Fakten' verbrämte Geistesgeschichte zu interpretieren". Sein Bemühen gehe dahin, „am Beispiel der sozialökonomischen Option der deutschen Großunternehmer die gesellschaftlichen Hintergründe für den Aufstieg des Nationalsozialismus aufzuhellen".

Stegmanns Aufsatz, mit seinem vierzigseitigen Dokumentenanhang, bringt wichtige neue Informationen und wird wohl eine nicht zu übersehende Stellung in der Literatur einnehmen. Um so bedauerlicher ist es, daß seine Arbeit eine Reihe von oft schwerwiegenden Mängeln aufweist. Einer der auffallendsten dieser Mängel ist die schmale Quellenbasis. Obwohl Stegmann es unternimmt, sich mit dem gesamten Fragenkomplex Großindustrie–Nationalsozialismus in den entscheidenden Jahren vor der ‚Machtergreifung' auseinanderzusetzen, hat er unerklärlicherweise die Akten nur eines einzigen der vielen Firmenarchive der Bundesrepublik ausgewertet. Nicht einmal die aus mehr als fünfzehntausend Dokumenten bestehenden Nürnberger Industrieprozeß-Akten – die seit fast einem Jahrzehnt als

[36]) *Stegmann,* Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte 12 (1972), S. 351–432.

Mikrofilm-Veröffentlichung zugänglich sind – wurden von ihm systematisch herangezogen. Dagegen hat er großen Wert auf zwei DDR-Quelleneditionen gelegt, obwohl diese nur sehr wenige neue Akten für seinen Themenbereich bieten[37]).

Zu bedauern ist auch die Art und Weise, in der sich Stegmann mit der Literatur auseinandersetzt. Denn statt begründeter Kritik, die für weitere Arbeiten förderlich wäre, findet man allzu häufig rein apodiktische Aburteilungen anderer Studien ohne jede Spezifizierung, so daß für die meisten Leser die Bildung eines eigenen Urteils unmöglich ist. Frühere Veröffentlichungen werden oft einfach als „falsch", „irreführend", bzw. „völlig unzureichend" bezeichnet, ohne nähere Begründung. Da in einigen Fällen Stegmanns Aburteilungen dieser Art nachweislich grundlos sind, wird der sachkundige Leser wenig Vertrauen zu seiner Literaturkritik haben können[38]).

Weit bedenklicher als dies ist jedoch Stegmanns mitunter eigenartiger Umgang mit den Quellen. In einigen Fällen belegt er seine Interpretation nämlich mit Hinweisen auf gedruckte Literaturstellen, die keine entsprechenden Informationen enthalten[39]). In anderen

[37]) Es handelt sich um den Dokumentenanhang in *Czichon,* Wer verhalf Hitler, sowie Anatomie des Krieges, hrsgg. von *Dietrich Eichholtz* und *Wolfgang Schumann,* Berlin 1969. Obwohl Stegmann diese Quelleneditionen für sehr wichtig hält (Anm. 9a, S. 401), stellt sich bei näherer Überprüfung heraus, daß fast alle der darin abgedruckten einschlägigen Dokumente schon früher veröffentlicht worden sind oder den längst als Mikrofilm-Veröffentlichung allgemein zugänglichen Nürnberger Prozeßakten entstammen.

[38]) Als Beispiel siehe die Auseinandersetzung unten mit Stegmanns Behauptung, daß meine Darstellung der Beziehungen zwischen dem Keppler-Kreis und der Arbeitsstelle Schacht „völlig irreführend und falsch" sei (Anm. 135, S. 426).

[39]) Siehe z. B. Anm. 53 auf S. 411, wo die als Privatdruck erschienenen Memoiren Emil Kirdorfs als Beleg für Fritz Thyssens Anwesenheit bei Hitlers Vorträgen im Ruhrgebiet im Jahre 1927 zitiert werden, obwohl nichts darüber in diesem Memoirenband zu finden ist; siehe auch Anm. 73 auf S. 416, wo S. 40 von *August Heinrichsbauers* Schwerindustrie und Politik, Essen/Kettwig 1948, als Beleg für „alte Kontakte vor 1930" seitens des „radikalen Flügel(s) im Bergbau" zur NSDAP zitiert wird, obwohl an dieser Stelle nicht davon die Rede ist; das gleiche gilt für Anm. 77 auf S. 417, wo die Seiten 38 ff. von Heinrichsbauers Buch als Quelle für angebliche Darlehen Fritz Thyssens an Hitler im Jahre 1930 zitiert werden; auch an der in Anm. 212 auf S. 439 angegebenen Stelle in *Thilo Vogelsangs* Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962, S. 366, findet man nichts über eine Einwirkung auf Hugenberg seitens seiner politischen Freunde im Reichslandbund, wie von Stegmann behauptet wird.

Fällen findet man am angegebenen Ort zwar Zutreffendes, aber der Inhalt entspricht der Schilderung Stegmanns nicht[40]). Dazu kommt, daß Stegmann sich auf die Memoiren von Fritz Thyssen verläßt – dazu mit falscher Seitenangabe –, obwohl diese Memoiren sich bei näherer Prüfung als eine äußerst unzuverlässige Quelle erwiesen haben. Die Folge ist, daß er Thyssens Eintritt in die NSDAP irrtümlich datiert[41]). Zu einer ähnlich irreführenden Angabe kommt Stegmann dadurch, daß er sich unkritisch auf einen Aufsatz in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" verläßt. In jener Abhandlung wird nämlich berichtet, der Kali-Industrielle August Rosterg habe im Jahre 1931 einen Artikel im „Völkischen Beobachter" veröffentlicht – eine Behauptung, die von Stegmann ohne Vorbehalt übernommen wird (S. 426, Anm. 131). Wer sich die Mühe macht, den in Frage kommenden Artikel im „Völkischen Beobachter" selbst anzusehen, stellt allerdings sofort fest, daß es sich nicht um einen für das NSDAP-Zentralorgan geschriebenen Artikel handelte, sondern um einen Abdruck aus der „Deutschen Bergwerkszeitung". Im übrigen wurde Rosterg im „Völkischen Beobachter" dafür getadelt, daß er aus seinen

[40]) Vgl. z. B. Stegmanns Schilderung in Anm. 122 auf S. 424 eines Gesprächs zwischen Hermann Göring und Ludwig Grauert im Januar 1932 mit der von Stegmann als Quelle zitierten Darstellung bei Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, 1971, S. 99, wonach Grauert dem Gespräch nicht einmal beigewohnt hat. Auch Stegmanns Behauptung auf S. 417, daß sich Fritz Thyssen auf der Hauptausschußsitzung des Reichverbandes der Deutschen Industrie am 27. November 1930 „offen für die Partei" (NSDAP) „engagierte", wird keineswegs belegt durch die von Stegmann zitierten verwirrten Äußerungen Thyssens auf jener Sitzung. Nachdem er seinem Vorredner, Reichskanzler Brüning, versichert hatte, „ich gehöre zu denen, die vor der Person des Reichskanzlers die größte Hochachtung haben, dem ich auch besonders dafür danke, daß er es unternommen hat, die Geschicke des deutschen Volkes zu meistern ...", beschwerte sich Thyssen nämlich über die finanziellen Folgen des Young-Planes und führte dann weiter aus: „Angesichts dieser Verhältnisse muß, glaube ich, ein objektiver Beurteiler sagen: die politische Führung, die wir bisher hatten, hat versagt. Man kann sich nicht wundern, wenn angesichts dieser Tatsache eine Bewegung im Reiche entsteht, wie sie sich bei den letzten Wahlen gezeigt hat. Ich möchte nur wünschen, Herr Reichskanzler, daß bei den guten Absichten, die Sie haben, es Ihnen gelingt, die Bewegung aller nationalen Kreise hinter sich zu ziehen; denn ich glaube, daß erst dann Sie Erfolg mit Ihren Absichten haben werden." (Reichsverband der Deutschen Industrie, Veröffentlichungen, Nr. 55, Berlin 1930, S. 26f.) Stegmanns Vorwurf (Anm. 78, S. 417), daß ich „diese wichtige Episode" auf S. 106 meines Faschismus und Kapitalismus in Deutschland „mißinterpretiert" habe, ist grundlos, denn Thyssens Aussprache wird dort nicht einmal erwähnt.

wirtschaftspolitischen Ansichten nicht die richtigen politischen Konsequenzen – ein Bekenntnis zur NSDAP – gezogen habe[42]). Eine weitere unzuverlässige Quelle, die von Stegmann wiederholt als Indiz für die politische Haltung der Großunternehmer angeführt wird, sind die „Deutschen Führerbriefe". Diese Korrespondenzblätter sind zwar häufig als maßgebend für die politische Einstellung des Großunternehmertums, vor allem der „Schwerindustrie", dargestellt worden. Wenn man jedoch den späteren der zwei Briefe liest, die Stegmann als Belege für „die Verbindung der ‚Deutschen Führerbriefe' zur westlichen Kohle- und Eisenindustrie" anführt, findet man folgende Feststellung des Geschäftsführers des „Langnamvereins" und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller – Max Schlenkers (des einzigen von Stegmann in dieser Frage zitierten Zeugen): „Während in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen die Deutschen Führerbriefe durchweg die Auffassungen des Westens in eindeutiger Weise vertreten haben, gilt das nicht immer hinsichtlich der politischen Artikel. Es haben darüber häufiger (sic) Auseinandersetzungen mit den Führerbriefen stattgefunden. . . .[43])."

Überhaupt vermißt man in Stegmanns Aufsatz die von Kuhn empfohlene systematische Quellenkritik der traditionellen Geschichtswissenschaft. Es wird nicht einmal zwischen Primär- und Sekundärquellen unterschieden. Eine Äußerung des berüchtigten Führers des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Class, aus dem Oktober 1918 über die angebliche Bekehrung Emil Kirdorfs zum Antisemitismus (also eine Sekundärquelle) wird z. B. der äußeren Quellenkritik nicht unterzogen (S. 403). Infolgedessen wird eine Reihe von Primärquellen, die Kirdorfs in späteren Jahren unverkennbare Abneigung gegenüber dem Antisemitismus belegen, einfach außer acht gelassen[44]). Eine dieser Primärquellen wird außerdem von Stegmann in irreführender Weise benutzt. Es handelt sich um einen Brief Kirdorfs vom

[41]) S. 418; zu den Memoiren Thyssens siehe meine Analyse in Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 87–113. Weder in der Londoner noch in der New Yorker Ausgabe der Memoiren findet man auf der von Stegmann zitierten S. 132 eine Angabe über Thyssens Eintritt in die Partei.

[42]) *Lev Israelevic Ginzberg,* Auf dem Wege zur Hitlerdiktatur, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 17 (1969), S. 829 f.; vgl. Völkischer Beobachter, 22. August 1931, Nr. 234.

[43]) Nachlaß Reusch, Historisches Archiv, Gutehoffnungshütte, 400 101 221/11b, Schlenker an Reusch, 12. März 1932; vgl. Stegmann, Anm. 98, S. 420.

[44]) Siehe mein Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 69, 78.

Anfang 1928, den Stegmann als Beweis dafür heranzieht, daß Kirdorf den Antisemitismus „als bewußt taktisch-manipulatorisches Element politischer Agitation zur Massengewinnung akzeptiert" habe, „getreu den Überlegungen, die seit 1918 im radikalen Industrieflügel um Hugenberg und Kirdorf angestellt worden waren, ..." (S. 413). Dabei unterläßt es Stegmann zu erwähnen, daß Kirdorfs Brief an einen Juden, einen langjährigen Freund, gerichtet wurde. Außerdem schreibt er dem Adressaten, ohne jeglichen Beleg, eine Verbindung mit der mindestens leicht antisemitisch gefärbten Deutschnationalen Volkspartei zu[45]). Manche Leser werden daher wohl annehmen, es gehe bloß um einen Briefwechsel zwischen Antisemiten, statt um den Versuch eines vorübergehend zum Nationalsozialismus Bekehrten, einen alten jüdischen Freund zu beruhigen. Kirdorf versicherte seinem Bekannten, es handele sich bei dem Antisemitismus der NSDAP um „Irrlehren", die nur vorübergehend „als Kampfzweck mitbenutzt werden" und von denen man sich später befreien würde[46]). Für die Auswertung dieses Dokuments sind diese Bemerkungen nicht unerheblich, aber bei Stegmann ist keine Spur davon.

In bezug auf Kirdorf vermißt man auch in einem anderen Zusammenhang bei Stegmann eine systematische Quellenkritik. Es geht dabei um jenen Bericht in einem Buch von August Heinrichsbauer,

[45]) Stegmann identifiziert den Adressaten als „den deutschnationalen Bankier Solmssen", obwohl er allein meine Schilderung dieses Briefes als Quelle angibt: Anm. 61, S. 413. Auf der von ihm zitierten Stelle (Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 69 f.) habe ich den Adressaten – der in den privat gedruckten Memoiren Kirdorfs, wo der Brief im Abdruck erscheint, als „Dr. S." bezeichnet wird (*Kirdorf*, Erinnerungen, 1847–1930, im Nachlaß Kirdorf, Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Essen, S. 198) und dessen Anschrift dort als „Berlin W 10" angegeben wird (S. 194) – als den Bankier Dr. Arthur Salomonsohn identifiziert. Diese Identifizierung erfolgte auf Grund der sonstigen Korrespondenz mit Salomonsohn (dessen Geschäfts- wie Privatanschriften in Berlin W 10 waren) im Nachlaß Kirdorf sowie auf Grund von Kirdorfs Angabe in seinen Memoiren, der Adressat sei Vorsitzender „des Aufsichtsrats der von mir früher geleiteten Gesellschaft" (S. 194), eine Stellung, die Salomonsohn ab 1912 bei der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, deren Generaldirektor Kirdorf gewesen war, innehatte (siehe *Ernst Wilhelm Schmidt*, Männer der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, Düsseldorf 1957, S. 52). Ein Zweig der Familie Salomonsohn übernahm zwar im 19. Jahrhundert den Namen Solmssen, jedoch nicht der mit Kirdorf befreundete Dr. Arthur Salomonsohn.

[46]) Der Text des Briefes befindet sich auf S. 196 von *Kirdorfs* Memoiren (vgl. Anm. 45).

dem zufolge Kirdorf im Verlauf einer Zusammenkunft mit Hitler im Jahre 1927 Hitler „einmalig einen größeren Geldbetrag (100 000 RM) zur Verfügung gestellt hat“[47]). Diese Angabe akzeptiert Stegmann ohne Vorbehalt als beweiskräftig, obwohl in der von ihm zitierten Literatur festgestellt worden ist, daß Heinrichsbauer nach dem Kriege in Nürnberg aussagte, er habe zu Kirdorf – im Gegensatz zu vielen anderen wichtigen Ruhrindustriellen, die er kannte – keinerlei Beziehung gehabt und sei ihm nie begegnet[48]). Allem Anschein nach handelt es sich also in diesem Fall um einen Bericht aus zweiter bzw. dritter Hand, mit anderen Worten um eine Sekundärquelle und nicht um einen Bericht aus eigener Erfahrung, so daß der Historiker Heinrichsbauers Angabe entsprechend werten muß. Dies geschieht aber bei Stegmann nicht.

Gravierender als Stegmanns häufige Vernachlässigung der traditionellen historischen Quellenkritik ist seine Mißdeutung von Archivalien. Wer in der Lage ist, die von ihm benutzten Quellen zu prüfen, wird in seinem Aufsatz häufig eine Überdehnung bzw. Verdrehung archivalischer Belege feststellen. In wenigstens einem Falle kann jeder Leser sich selbst davon überzeugen, denn das in Frage kommende Dokument – ein Brief Hjalmar Schachts vom 12. September 1932 an Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte – wird im Dokumentenanhang von Stegmanns Aufsatz auf S. 465–466 wiedergegeben (mit allerdings nicht völlig richtigem Wortlaut: siehe unten). In diesem Brief berichtete Schacht über ein kurz davor geführtes Gespräch mit Hitler, in dem u. a. die von Reusch im Juli

[47]) *Heinrichsbauer*, Schwerindustrie und Politik, S. 38.

[48]) Vgl. mein Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 82 f., Anm. 86. Trotz meinem quellenmäßig belegten Hinweis auf Heinrichsbauers Aussage nach dem Kriege sowie auf den Bericht Otto Dietrichs (der Hitler auf vielen Reisen ins Ruhrgebiet begleitete), daß sich seiner Erinnerung nach aus Hitlers Verbindung mit Kirdorf keine nennenswerte finanzielle Unterstützung ergeben hätte, schreibt Stegmann (Anm. 57, S. 413), daß ich Heinrichsbauers Angabe „ohne Beleg“ „in Zweifel“ gezogen hätte. Ebenso unbegründet ist Stegmanns Vorwurf (S. 413, Anm. 62), ich hätte den Anschein erweckt, daß Kirdorf nach 1926 „senil und unbedeutend“ gewesen sei. Als Beleg weist Stegmann auf „etwa S. 80 ff.“ von meinem Buch Faschismus und Kapitalismus in Deutschland hin. Dort findet man kein Wort über Senilität und, was die Grenzen von Kirdorfs Bedeutung betrifft, nicht mehr als in Stegmanns eigenem Urteil, daß „... einschränkend gesagt werden muß, daß sein Einfluß in der Ruhrindustrie nach 1926 nicht mehr sehr groß war: für ‚die‘ Ruhrindustrie war Kirdorfs politische Option keineswegs repräsentativ.“ (S. 413).

Schacht gegenüber beanstandete NS-Broschüre „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP“ (Heft 16 der Broschürenreihe der Reichspropaganda-Leitung der NSDAP, München 1932) erörtert wurde. Ausschließlich auf Grund dieses Dokuments schreibt Stegmann auf S. 429–430 seines Aufsatzes: „Es ist nun kennzeichnend für das Gewicht, das Hitler dem ‚Keppler-Kreis‘ beimaß, daß er aufgrund der scharfen Kritik Schachts und seiner Hintermänner die offizielle Weiterverbreitung dieser Broschüre im Herbst 1932 verbot, um keinen Konflikt mit den konservativen Wirtschaftskreisen zu riskieren.“ Auch abgesehen davon, daß der Text von Schachts Brief keinen Anlaß zur Annahme gibt, daß der Keppler-Kreis in der Hitler von Schacht zugeschriebenen Maßnahme eine Rolle gespielt hat (auf Stegmanns Deutung des Keppler-Kreises wird unten ausführlicher eingegangen), ist Stegmanns Auslegung des von ihm selbst abgedruckten Dokuments völlig irreführend. Aus dem Brief Schachts ergibt sich nämlich keineswegs, daß Hitler „aufgrund der scharfen Kritik Schachts und seiner Hintermänner“ die Verbreitung der erwähnten Broschüre verboten hat, d. h., daß der Führer der NSDAP eine parteioffizielle Veröffentlichung als Folge einer Meinungsäußerung aus der Industrie zurückgezogen hätte. Wäre dies der Fall, gäbe es in der Tat Gründe zu fragen, ob die Großunternehmer damals nicht doch einen direkten Einfluß auf die NS-Führung hatten. Aber derartiges findet man in Schachts Brief an Reusch nicht. Dort wird von Schacht klar und deutlich berichtet, daß Hitler, als Schacht „erst vor wenigen Tagen Gelegenheit hatte“, mit dem NS-Führer über die Einwände gegen die Broschüre zu sprechen, ihm (Schacht) gesagt habe, daß er dieses Heft „habe einstampfen lassen“. Daraus hat Schacht dann diesen Schluß gezogen: „Es wird also garnicht mehr verbreitet.“ Das heißt: Als Schacht Hitler gegenüber zum ersten Male seitens der Industrie Klagen wegen der Broschüre vorbrachte, teilte ihm Hitler mit, daß die Broschüre *schon früher* auf seinen Befehl eingestampft worden war, und Schacht schloß daraus, daß die Broschüre nicht mehr verteilt werde. Ob Hitler einen Grund dafür genannt hat, geht aus dem Briefe Schachts nicht hervor. Völlig unbegründet ist jedenfalls Stegmanns Behauptung, daß Hitler zu dem von Schacht berichteten Schritt „aufgrund der scharfen Kritik Schachts und seiner Hintermänner“ veranlaßt wurde. Denn wie sollte Hitler etwas auf Grund einer Kritik unternommen haben, *bevor* er überhaupt Kenntnis davon hatte, d. h. – wie Schacht in diesem Brief berichtet – schon vor seinem Gespräch mit Hitler? Hier handelt es sich

um eine eindeutige Mißachtung der zeitlichen Reihenfolge von Ereignissen oder vielmehr angeblichen Ereignissen. Denn es gibt keine Bestätigung dafür, daß Hitler – wie Stegmann annimmt – die Weiterverbreitung der Broschüre tatsächlich verboten hat. Der einzige Beleg dafür ist das Wort eines recht zweifelhaften Zeugen – Adolf Hitlers – wiedergegeben durch den auch nicht gerade für seine Wahrheitsliebe berühmten Hjalmar Schacht.

Während im Falle des Briefes von Schacht an Reusch vom 12. September 1932 jeder Leser imstande ist, Stegmanns Methode Archivalien auszuwerten, selbst zu überprüfen, ist dies leider in den meisten Fällen unmöglich. Daher noch einige spezifische Beispiele. Auf S. 432–433 schreibt Stegmann nochmals in bezug auf den September 1932:

> Gleichzeitig ließ der Ruhrbergbau über Heinrichsbauer gegenüber Hitler durchblicken, man würde hier sogar ein Kabinett Hitler unterstützen, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß er „seine Forderungen vom 13. August herabmindert, und zwar soweit, daß Hitler neben der Kanzlerschaft für sich nur noch zwei weitere Portefeuilles fordert [...] Es wird versucht, auf den Reichspräsidenten einzuwirken, daß er seine Ablehnung Hitlers als Kanzler fallen läßt." (Klammern und Auslassungszeichen bei Stegmann.)

Sollte diese Darstellung stimmen, hätte Stegmann eine wichtige Entdeckung gemacht. Aber der Inhalt des einzigen Dokuments, das von ihm als Quelle zitiert wird, stimmt mit seiner Darstellung nicht überein. Es handelt sich dabei um einen Bericht an Paul Reusch von seinem Agenten in Berlin, Martin Blank, vom 3. September 1932 (zitiert in Stegmann, Anm. 172, S. 432). Der einschlägige zweite Absatz dieses im Nachlaß Reusch zugänglichen, jedoch von Stegmann nicht abgedruckten Dokuments verdient eine wörtliche Wiedergabe:

> Heinrichsbauer, der in diesen Tagen in Berlin ist, und mit den verschiedensten Persönlichkeiten in der Regierung und in der NSDAP intensiv verhandelt, ist auch überzeugt davon, daß auf die eine oder andere Weise Papen doch weichen muß. Er hofft, zu erreichen, daß Hitler seine Forderungen vom 13. August herabmindert und zwar soweit, daß Hitler neben der Kanzlerschaft für sich nur noch zwei weitere Portefeuilles fordert. Vom Standpunkt der NSDAP aus gesehen, ist es scheinbar unmöglich auf den Kanzlerposten für Hitler zu verzichten. Die Frage, ob der Reichspräsident Hitler ernennen würde, ist nach wie vor offen. Es wird versucht, auf den Reichspräsidenten einzuwirken, daß er seine Ablehnung Hitlers als Kanzler fallen läßt. Die Entscheidung wird wohl nicht vor Ablauf von weiteren 8–10 Tagen erfolgen.

Die übrigen drei Absätze behandeln die allgemeine politische Lage, die Einstellung des Stahlhelms zur Papen-Regierung und das

erwartete Wirtschaftsprogramm der Regierung sowie eine preußische Verwaltungsreform. Der Name Heinrichsbauer kommt noch einmal vor, aber nur als Quelle für einen Bericht über die Meinung des Reichskommissars Bracht über die Aussichten der Papen-Regierung. Der Ruhrbergbau wird nirgends erwähnt.

Die Hauptfigur in dem von Stegmann zitierten Teil dieses Dokuments, August Heinrichsbauer, wird an einer anderen Stelle im gleichen Aufsatz richtig als Publizist gezeichnet (S. 412). Er war nämlich der Herausgeber eines kleinen hektographierten Informationsblattes, „Rheinisch-Westfälischer Wirtschaftsdienst", das von Großunternehmern des Industriereviers subventioniert wurde. Dazu vertrat er in verschiedenen Unternehmerzeitschriften und unternehmerfreundlichen Zeitungen einen ausgeprägten anti-gewerkschaftlich, anti-sozialpolitisch, anti-parlamentarischen Standpunkt. Man muß allerdings hinzufügen, daß Heinrichsbauer auch mitunter ein Lobbyist und politischer Intrigant war[49]). Es ist aber keineswegs berechtigt, ausschließlich auf Grund des hier im vollen Wortlaut zitierten Passus im Bericht Blanks an Reusch glattweg den Schluß zu ziehen, daß der Ruhrbergbau Anfang September 1932 „für eine Kanzlerschaft Hitlers eintrat" (Stegmann, Anm. 173, S. 433). Aus einer Anwendung der inneren Quellenkritik hätte sich z. B. die nicht unerhebliche Tatsache ergeben, daß Blank die Ansichten und Aktionen Heinrichsbauers mit keinem Wort dem „Ruhrbergbau" (was immer Stegmann darunter verstehen mag) zugeschrieben hat. Stegmann deutet zwar in dieser Hinsicht auf eine äußere Quellenkritik, wenn er schreibt, daß „zu dieser Zeit" Heinrichsbauer „für" den Ruhrbergbau „sprach" (Anm. 173, S. 433), aber er bietet dafür keine Belege. Hätte Stegmann dieses für seine Interpretation wahrhaftig entscheidende Dokument einer systematischen äußeren Quellenkritik unterzogen, hätte er zumindest prüfen müssen, ob in den vielen übrigen Berichten Blanks an Reusch aus jener Zeit Indizien dafür vorhanden sind, daß Heinrichsbauer als Sprecher des Ruhrkohlenbergbaues fungiert hat. Ich habe diese Berichte, in denen von Heinrichtsbauer häufig die Rede ist, gelesen und keine solchen Hinweise finden können. Eine gründliche äußere Quellenkritik hätte m. E. wahrscheinlich gezeigt, daß Heinrichsbauers politische Rolle im Herbst 1932 – wie Stegmann es

[49]) Über Heinrichsbauers damalige Tätigkeit siehe *Heinrich August Winkler,* Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 341–71; *Kurt Koszyk,* Deutsche Presse 1914–1945, Berlin, 1972, S. 176–178.

an anderer Stelle in seinem Aufsatz mild ausdrückt (Anm. 167, S. 431) – „etwas undurchsichtig" war. Nach dem Kriege rühmte er sich, als „Verbindungsmann zwischen Bergbau und [Gregor] Strasser gedient" zu haben. Dabei ging es laut Heinrichsbauers Bericht um eine Subventionierung Strassers und seines Mitarbeiters Paul Schulz, „die in seltener Harmonie politisch-ethischen Idealismus und einen klaren Blick für die nüchternen Realitäten des praktischen Lebens vereinigten". Nach Heinrichsbauer sei es das Ziel gewesen, die Position dieser zwei Nationalsozialisten innerhalb der Partei gegenüber anderen Strömungen zu stärken[50]). Ob er konsequent zu dieser Zielsetzung gehalten hat, bleibt aber durch die bisherige Forschung unbestätigt. Unbestreitbar ist nur – wie Stegmann richtig bemerkt –, daß er zur Zeit der „Machtergreifung" bei Hitler in Ungnaden gefallen war (Anm. 167, S. 431). Ebenso ungeklärt ist es, inwieweit Heinrichsbauer, der Beziehungen nicht nur zu führenden Leuten des Ruhrkohlenbergbaues, sondern auch zu denen der Eisen- und Stahlindustrie hatte, im Auftrage anderer gehandelt hat und inwieweit er auf eigene Faust vorgegangen ist. Das oben zitierte Dokument, das Stegmann als Beweis für die politische Stellungnahme des Ruhrbergbaues als ganzen heranführt, läßt diese wichtigen Fragen unbeantwortet. Dazu kommt, daß es sich im Falle dieses Berichts Blanks an Reusch um eine Darstellung aus zweiter Hand handelt, deren Inhalt nicht einmal Heinrichsbauer selbst, geschweige denn dem Ruhrbergbau, ohne Einschränkung bzw. Erklärung wörtlich zugeschrieben werden darf, wie in dem Zitat Stegmanns der Fall ist. Die Möglichkeit, daß Heinrichsbauer tatsächlich – im Sinne der Darstellung von Blank – im Auftrage führender Leute des Ruhrbergbaues „verhandelt" hat, ist nicht auszuschließen. Aber der Brief Blanks allein genügt bei weitem nicht, dies zu beweisen. Bei einem solchen Dokument soll doch die Forschungsarbeit des Historikers erst recht beginnen, statt – wie bei Stegmann – dabei aufzuhören.

Zweifel ruft auch eine andere Bemerkung über Heinrichsbauer hervor (Stegmann, S. 416 f.):

> Sein Gewicht als Sprachrohr des rechten Flügels in der Ruhrindustrie, insbesondere des Bergbaus, war so groß, daß z. B. auf seine Intervention hin im Sommer und Herbst 1930 mehrere programmatische wirtschaftspolitische Arbeiten der dafür zuständigen Abteilung des Braunen Hauses in München gar nicht erst das Licht der Welt erblickten, sondern in der Schublade ihrer Autoren verblieben.

[50]) *Heinrichsbauer*, Schwerindustrie und Politik, S. 40 f., 51.

Als Belege dafür bietet Stegmann zwei Berichte Blanks an Reusch (Anm. 75). Im ersten (vom 13. April 1931) war aber weder von programmatischen wirtschaftspolitischen Arbeiten noch von einer Intervention Heinrichsbauers die Rede. Im zweiten (vom 19. Juni 1931) berichtete Blank zwar über die zwei von Stegmann erwähnten Schriften (Anm. 75, S. 417: eine Schrift Otto Wageners vom 14. September 1930, „Nationalsozialistische Wirtschaftsaufgaben", und ein nationalsozialistisches Wirtschaftsmanifest). Wie jedoch aus diesem Bericht Blanks klar hervorgeht, ist Wageners Schrift keineswegs „in der Schublade ... verblieben", sondern durchaus verbreitet worden. Dazu kommt, daß die Rolle, die Blank Heinrichsbauer bei der angeblichen Zurückziehung der einzigen anderen erwähnten Schrift zuschreibt, keineswegs so allein ausschlaggebend war, wie das die Darstellung Stegmanns suggeriert:

> Seit dem Erscheinen der Schrift des Herrn Wagener ist abermals der Versuch gemacht worden, ein „nationalsozialistisches Wirtschaftsmanifest" herauszubringen . . . Dieses Manifest ist auf Grund der Kritik, die es von den verschiedensten Seiten erfahren hat, inzwischen zurückgezogen worden. Veranlaßt wurde diese Zurückziehung besonders auch auf Grund der Kritik von Herrn Heinrichsbauer, die er nach Fühlungnahme mit verschiedenen Freunden, darunter auch mit mir, in 2 Briefen an die Herren Wagener und Gregor Strasser niedergelegt hat.

Von „mehrere(n)" Schriften bleibt also nur eine, die nach der Darstellung Blanks zurückgezogen worden war und dazu nicht ausschließlich auf die Intervention Heinrichsbauers hin. Im übrigen ist zu fragen, inwieweit ein Bericht Blanks, des Berliner Vertreters von Reusch, als beweiskräftiger Beleg für vermeintliche Vorgänge im Münchener Braunen Haus angesehen werden kann.

Ein weiteres Beispiel für Stegmanns Methoden bei der Interpretation von Dokumenten bietet seine Behandlung des Verhältnisses zwischen dem Keppler-Kreis und der Arbeitsstelle Schacht im Jahre 1932. Die Arbeitsstelle war ein kleines Büro (es war von Anfang an ein Einmannbetrieb, bestehend aus nur einem einzigen „Fachmann": siehe unten), das von Schacht mit finanzieller Unterstützung durch Großindustrielle und Bankiers im Frühjahr 1932 mit dem ursprünglichen Ziel eingerichtet wurde, auf die Wirtschaftspolitik der NSDAP im Sinne des Großunternehmertums einzuwirken. Stegmann besteht darauf, „daß diese ‚Arbeitsstelle Schacht' und ein ebenfalls seit dem Frühjahr 1932 konstituierter Kreis um den Hitlerschen Wirtschaftsexperten Keppler im Sommer koordiniert wurden". Das Ergebnis dieser Koordinierung war nach Stegmann ein „neue(s) Gremium",

das „als sog. ‚Keppler-Kreis' in die Literatur eingegangen" ist (S. 426). Der Keppler-Kreis entstand also nach seiner Analyse erst im Sommer und bestand aus einem Kreis um Keppler *und* der Arbeitsstelle Schacht, nachdem diese zwei miteinander „koordiniert" worden waren[51]).

Das Auffallendste an dieser Interpretation ist, daß Stegmann seine These einer Koordinierung (die allerdings eher einer Verschmelzung gleichzukommen scheint) der Arbeitsstelle Schacht mit dem Kreise um Keppler mit keinem einzigen zutreffenden quellenmäßigen Beleg untermauert. Diese These wird in zwei Sätzen auf S. 426 seines Aufsatzes einfach verkündet. Wenn man in den zwei dazugehörigen Anmerkungen nach Belegen sucht, findet man lediglich apodiktische Aburteilungen sämtlicher früheren Interpretationen (Anm. 135 und 136). Das einzige in diesen Anmerkungen, was als Beleg bezeichnet werden kann, ist ein recht allgemeiner Hinweis auf die Memoiren Emil Helfferichs, S. 15 ff. Wer diesen Teil der Memoiren Helfferichs liest, findet jedoch nichts, was Stegmanns These stützen würde, sondern genau das Gegenteil. Aus den Memoiren sowie aus zeitgenössischen Briefen geht nämlich eindeutig hervor, daß die Arbeitsstelle Schacht und der Keppler-Kreis ursprünglich Parallelaktionen waren und daß infolge eines Entschlusses von Schacht seine Arbeitsstelle zugunsten des Keppler-Kreises als Verbindungsorgan zwischen Unternehmertum und NSDAP verdrängt wurde[52]).

Das ergibt sich vor allem aus dem zuverlässigsten Bestandteil der erst viel später geschriebenen Memoiren des ehemaligen eifrigen Nationalsozialisten Helfferich: den zeitgenössischen Briefen, die als Primärquellen besonders wertvoll sind. Aus den Briefen Kranefuß' an Helfferich vom 14. Mai 1932 (S. 10), Kepplers an Helfferich vom 20. Mai und 1. Juni (S. 10–11) und Kepplers an Schröder vom 1. Juni (S. 11–12) lassen sich unverkennbare Rivalitätsgefühle seitens Kepplers und seines Mitarbeiters Kranefuß wegen möglicher Konkurrenz von Schacht und seiner Arbeitsstelle feststellen. Am 27. Mai

[51]) Hier weist Stegmanns Darstellung allerdings eine Inkonsequenz auf, da er einige Seiten später (S. 429) schreibt, daß „der Schachtsche Kreis, ... als *selbständiges* Gremium bestehen blieb ..." (Hervorhebung durch mich).

[52]) Noch irreführender und unbegründeter als die Darstellung Stegmanns ist die Behauptung von *Kurt Koszyk,* die Arbeitsstelle Schacht und der Keppler-Kreis seien „identisch": Paul Reusch und die ‚Münchner Neuesten Nachrichten', in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20, (1972), S. 99, Anm. 73.

informierte Schacht Keppler in einem Brief, der nach Helfferich verspätet ankam, er habe von Hitler erfahren, daß dieser „mit einer gemeinschaftlichen Arbeit zwischen Ihnen und mir einverstanden" sei (S. 12). Daß dies für Schacht längst keine volle Koordinierung seiner Arbeitsstelle mit Kepplers Kreis bedeutete, bezeugt seine Bitte im gleichen Brief an Keppler, Helfferich Mitteilung davon zu machen, „daß ich die Einrichtung einer unabhängigen Arbeitsstelle in die Hand genommen habe", obwohl Schacht Keppler versicherte, daß dieser Arbeitsstelle „aber die Aufgabe zufällt, mit Ihnen fortlaufend Fühlung zu halten". Nach dem Empfang dieses Briefes von Schacht, resignierte Keppler in einem Brief an Helfferich vom 4. Juni (S. 12): „Herr Schacht will also ‚unabhängig' weiterarbeiten, und so werde ich auch unabhängig meinerseits den geplanten Arbeitskreis zusammentreten lassen, da der Partei mit Schacht und der Schwerindustrie allein nicht gedient ist." Aber schon am nächsten Tage berichtete ein offensichtlich erleichteter Keppler in einem Schreiben an Helfferich: „Soeben erhalte ich telefonisch Bericht von Baron Schröder, wonach Dr. Schacht einsieht, daß sein Gremium für die Partei nicht genügt, und er ist bereit, auch als Mitglied meines Kreises zu fungieren!" (S. 12 f.). Was inzwischen geschehen war, um Schacht zu diesem Schritt zu bewegen, läßt sich aus den vorhandenen Quellen nicht feststellen, obwohl es denkbar scheint, daß Hitler unter „einer gemeinschaftlichen Arbeit" etwas anderes verstand, als die Unterhaltung „einer unabhängigen Arbeitsstelle" durch Schacht. Dazu kommt, daß zwei derjenigen, die Schacht als Förderer seiner Arbeitsstelle in Aussicht genommen hatte – August Rosterg und Baron Kurt von Schröder – schon gemeinsame Sache mit dem Keppler-Kreis gemacht hatten[53]). Jedenfalls scheint es, daß der von Stegmann so hoch als Zeuge geschätzte Helfferich den einzig möglichen Schluß daraus gezogen hat: „Keppler hatte obsiegt. Aber auch Schacht hatte sein Ziel erreicht: den Kontakt mit der Partei, mit Hitler" (S. 13). Von einer Koordinierung der Arbeitsstelle Schacht mit dem „Kreis um den Hitlerschen Wirtschaftsexperten Keppler", wobei ein „neue(s) Gremium", der „sog. ‚Keppler-Kreis'", entstand, ist zu diesem entscheidenden Zeitpunkt keine Spur zu entdecken. Stattdessen hatte Schacht seine Pläne drastisch geändert, indem er Keppler gegenüber praktisch kapitulierte und dessen Kreis als einfaches Mitglied beitrat. Mit der Ausnahme von Albert Vögler wurden

[53]) *Helfferich,* Tatsachen, S. 9–11.

die übrigen in Aussicht genommenen Förderer seiner Arbeitsstelle dagegen nicht im Keppler-Kreis aufgenommen[54]).

Im Juni lief die Arbeitsstelle Schacht zwar vom Stapel, wurde aber keineswegs mit dem Keppler-Kreis „koordiniert" und war in politischer Hinsicht ein totgeborenes Kind. Sie blieb nur ein Torso der von Schacht im März gehegten Erwartungen. Damals hatte er in einem von Stegmann auf S. 450–451 seines Dokumentenanhangs abgedruckten Briefe an Reusch die Absicht geäußert, „einen finanz- und wirtschaftspolitisch außerordentlich versierten und von mir erprobten Herrn" einzuspannen, „um durch ihn die Verbindung mit den wirtschaftspolitischen Organisationen Hitlers aufzunehmen und die Probleme mit den Herren so durchzuarbeiten und zu formen, daß daraus sich ein wirtschaftspolitisches Programm für die Nationalsozialistische Partei ergeben kann, welches Industrie und Handel mitmachen können". In der endgültigen Formulierung der Aufgaben seiner Arbeitsstelle, die Schacht in einem (von Stegmann auf S. 425 f. seines Aufsatzes nur im Auszug abgedruckten) Brief an Reusch vom 6. Juni niederschrieb – d. h. am Tage nach seiner Kapitulation gegenüber Keppler – wird jedoch diese hochgesteckte politische Zielsetzung durch bescheidenere Absichten ersetzt:

> Um unsere finanz- und kreditpolitischen Probleme so durchzuarbeiten, daß sie bei der Neuordnung unserer Regierungsverhältnisse zu alsbaldigen Maßnahmen verdichtet werden können, tun sich einige Freunde aus der deutschen Wirtschaft zusammen, um vorübergehend eine Arbeitsstelle zu schaffen, die das Material systematisch zusammenträgt und so verarbeitet, daß die Interessen der Wirtschaft dabei ge-

[54]) Zu Vöglers Beitritt zum Keppler-Kreis, siehe ebenda, S. 13. Was die Identität der übrigen in Aussicht gestellten Förderer der Arbeitsstelle betrifft, siehe ebenda, S. 11, Brief von Keppler an Schröder vom 1. Juni 1932, in dem Keppler berichtete, daß er über Rosterg, der am Tage vorher mit Schacht gesprochen hatte, erfahren habe, daß Schacht „als Glieder seines Kreises" genannt hatte: Albert Vögler, Friedrich Flick, Paul Reusch, Fritz Springorum, Emil Georg von Stauß, Tilo Freiherr von Wilmowsky und „einen Herrn der Braunkohlen-Industrie, offenbar Herr Silverberg". Aus Schachts Korrespondenz mit Reusch geht hervor, daß Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Paul Reusch, Fritz Thyssen und Schacht selbst je 3000 RM zur Unterstützung der Arbeitsstelle beitrugen, während Fritz Springorum 6000 beigetragen hatte. In seinem Schreiben an Reusch vom 6. Juni erwähnte Schacht ferner die Namen von August Rosterg, Kurt von Schröder und Emil Georg von Stauß, aber es gibt keine Belege, die beweisen, daß diese drei tatsächlich beigetragen haben. Vgl. Schacht-Reusch Korrespondenz, Nachlaß Reusch, Historisches Archiv, Gutehoffnungshütte, 400 101 290/33.

wahrt werden. Diese Arbeitsstelle ist als eine im Stillen und in bescheidenem Umfange arbeitende Einrichtung gedacht ... Die herauskommenden Arbeiten werden zunächst nur den Beteiligten zugängig gemacht.

Das Verhältnis der Arbeitsstelle zur NSDAP wurde von Schacht im Juni auch wesentlich anders formuliert als im März:

> Es ist ferner beabsichtigt, mit zwei von Herrn Hitler beauftragten Herren (Wilhelm Keppler und Leopold Plaichinger) Fühlung zu halten, um nach Möglichkeit sicherzustellen, daß die wirtschaftspolitischen Auffassungen, die in der Arbeitsstelle zum Ausdruck kommen werden, mit den von nationalsozialistischer Seite vertretenen Ansichten in Einklang sich befinden, da die Nationalsozialistische Partei in der kommenden Gestaltung der Dinge voraussichtlich [dieses Wort fehlt in dem Zitat von Stegmann, S. 425] einen entscheidenden Einfluß ausüben wird.

Es wurde – im Gegensatz zu Schachts Plan vom März – nun nicht mehr in Aussicht gestellt, mittels der Arbeitsstelle ein „wirtschaftspolitisches Programm" für die NSDAP „durchzuarbeiten"; es wurde lediglich die Absicht geäußert, „Fühlung" mit Keppler und seinem Mitarbeiter Plaichinger zu halten, wobei unklar blieb, ob diese „Fühlung" durch die Arbeitsstelle oder durch Schacht persönlich stattfinden sollte. In diesem Schreiben wurde das ursprünglich geplante Verhältnis zwischen der Arbeitsstelle und der NSDAP von Schacht in leicht verschleierter Weise in der Tat geradezu umgekehrt. Während er im März eine direkte Einwirkung der Arbeitsstelle auf die Gestaltung des wirtschaftspolitischen Programms der NSDAP in Aussicht gestellt hatte, handelt es sich in diesem Schreiben an Reusch vom 6. Juni bloß darum, „sicherzustellen", daß die wirtschaftspolitischen Auffassungen der Arbeitsstelle mit denen der NSDAP in Übereinstimmung waren. Ohne dies ausdrücklich seinen Gönnern aus der Industrie bekanntzugeben, hatte sich Schacht offensichtlich entschlossen, seine Arbeitsstelle zu entpolitisieren, vielleicht – angesichts von Kepplers früherem Mißtrauen – um seine Wirksamkeit innerhalb des Keppler-Kreises nicht zu beeinträchtigen. Was immer die Gründe auch sein mochten, die internen Denkschriften des Einmannbetriebes der Arbeitsstelle – sie bestand allein aus dem von Schacht eingesetzten Dr. Karl Krämer – beschränkten sich auf technische wirtschaftliche Fragen, wie die Abwertung des englischen Pfundes und die Einführung von Handelsmonopolen[55]). Entgegen der Darstellung von Stegmann, gibt es in den von ihm (Anm. 159, S. 429) angeführten Seiten von Helfferichs Memoiren keinen Beleg dafür,

[55]) Ebenda. Siehe auch Krupp-Archiv, IV E 1124. Bisher sind nur diese zwei Denkschriften aus dem Büro Krämer aufgefunden worden.

daß „der Ertrag der Arbeit des Schachtschen Gremiums als Diskussionsbeitrag in den ‚Keppler-Kreis' eingebracht und dort noch einmal abgestimmt wurde“[56]). Ebenso unhaltbar ist Stegmanns Behauptung auf der gleichen Seite, die von ihm auf S. 452–465 abgedruckte kritische Stellungnahme des Geschäftsführers des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Jacob Herle, zur oben erwähnten Broschüre „Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP“ stamme von der Arbeitsstelle Schacht[57]). Und obwohl Stegmann von einem „Schachtschen Gremium(s)“ schreibt (S. 429), gibt es keinen Grund anzunehmen, daß diejenigen, die die Arbeitsstelle finanziell unterstützt haben, als Gruppe funktionierten[58]).

[56]) Vgl. die von Stegmann dazu zitierten Seiten *Helfferichs* Memoiren: „S. 16 ff.“ In der in Hamburg zugänglichen, umfangreichen Korrespondenz Kepplers mit Carl Vincent Krogmann, einem Mitglied des Keppler-Kreises, die von Stegmann nicht berücksichtigt wurde und in der viele Denkschriften zu wirtschaftlichen Fragen besprochen wurden, ist nur einmal von einer Stellungnahme vom „Büro-Krämer“ die Rede, die aber gar nicht im Mittelpunkt der Diskussion steht: Krogmann an Keppler, 17. Januar 1933, Akte 913 Forschungsstelle (vgl. Anm. 8). Ebenso unbegründet ist Stegmanns unkritische Übernahme der stolzen Behauptung Helfferichs, daß die „Keimzelle“ für „wichtige Grundsatzentscheidungen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik“ in der Arbeit des Keppler-Kreises im Herbst und Winter 1932/33 zu suchen sei: *Stegmann,* S. 428 (vgl. *Helfferich,* Tatsachen, S. 15); für eine Entgegnung siehe *Vogelsang,* Freundeskreis, S. 33.

[57]) Siehe S. 429 seines Aufsatzes, wo behauptet wird, daß die Arbeitsstelle „vor allem auf Druck von Reusch, als erstes eine Gegendarstellung zum sog. Wirtschaftspolitischen Sofortprogramm der NSDAP ...“ geliefert habe, wobei Stegmann in der dazu gehörenden Anmerkung auf die von ihm abgedruckte Stellungnahme Jacob Herles hinweist (Anm. 161). Auf der nächsten Seite widerspricht sich Stegmann, weil er dort (m. E. richtig) die Stellungnahme Herles als das Ergebnis einer separaten, „wahrscheinlich nicht abgestimmten Parallelaktion des RDI“ bezeichnet. Von einer unabhängigen „Gegendarstellung“ seitens der Arbeitsstelle Schacht, wie sie Reusch in seinem Brief an Schacht vom 27. Juli vorgeschlagen hat (Nachlaß Reusch, Nr. 400 101 290/33), ist bei Stegmann keine Spur mehr zu finden.

[58]) Es ist nicht einmal klar, ob die Förderer der Arbeitsstelle sich jemals als Gruppe getroffen haben. Ein Treffen wurde für den 4. Juli 1932 vereinbart, mußte aber gestrichen werden, weil Schacht nicht anwesend sein konnte: Reusch an Schacht, 1. Juni 1932, Nachlaß Reusch, Nr. 400 101 290/33; Reusch an Springorum, 29. Juni 1932, Nachlaß Springorum, Hoesch-Archiv, B1a 78/41. Bis Dezember hatte einer der Förderer der Arbeitsstelle offenbar ihre Existenz völlig vergessen. In einem Brief an Jacob Herle, den Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, vom 26. Dezember schrieb nämlich Gustav Krupp von Bohlen und Halbach in

Warum scheint Stegmann diese Arbeitsstelle Schacht so wichtig? Kann es sein, daß es nicht in sein Schema paßt, zuzugeben, daß der Keppler-Kreis eine nationalsozialistische Einrichtung war, die auf Geheiß Hitlers ins Leben gerufen wurde und von dessen Beauftragten Keppler zusammengestellt und geleitet wurde? Denn wenn man beweisen könnte, daß dieser Kreis wenigstens z. T. auf eine unabhängige Gründung, die von der Großindustrie finanziert wurde – die Arbeitsstelle Schacht also –, zurückzuführen wäre, dann hätte man einen Beweis für die direkte politische Einflußnahme der Großunternehmer auf die NSDAP. Dann könnte man die Großunternehmer einer entscheidenden Rolle in den Machenschaften des Keppler-Kreises bzw. von Mitgliedern desselben für überführt halten. Aber trotz Stegmanns Bemühungen läßt sich eine solche Interpretation des Ursprungs des Keppler-Kreises nicht aus den vorhandenen Quellen herauslesen.

Ähnliches kommt an manchen anderen Stellen in Stegmanns Aufsatz vor, auf die hier nicht ebenso ausführlich eingegangen werden kann. Auf S. 420–421 schreibt Stegmann mit Bezug auf den Herbst 1931, daß „die bis dahin eher gemäßigten Industriellen wie Reusch, Springorum, Vögler und Poensgen sich in die damals in Harzburg hervortretende sog. Harzburger Front einreihten". Diese Behauptung wird keinesfalls von den Belegen, die Stegmann in Anm. 102 auf S. 421 anführt, bestätigt. Die zwei Schreiben Blanks an Reusch und Springorum vom 5. Oktober 1931 – also sechs Tage *vor* dem Treffen der Rechtskreise in Bad Harzburg – stellen nur die Frage, ob diese zwei Industriellen dem Treffen beizuwohnen beabsichtigten. Verschwiegen wird, daß weder Reusch noch Springorum dem Treffen beigewohnt haben, was ebenfalls für Albert Vögler und Ernst Poensgen zutrifft[59]). Der dritte von Stegmann in der gleichen

bezug auf die Denkschrift der Arbeitsstelle vom 20. Dezember über die Einführung von Handelsmonopolen: „Warum das Schreiben des Herrn Schacht mit dem Büro eines Dr. Carl Krämer bezeichnet ist, kann ich nicht erklären." (Krupp-Archiv, IV E 202.) Der Vorschlag, Handelsmonopole einzuführen, wurde sowohl von Krupp von Bohlen wie auch von Paul Reusch entschieden abgelehnt: Krupp an Schacht, 10. Januar 1933, Kopie in Nachlaß Reusch, Nr. 400 101 220/14; Reusch an Schacht, 2. Januar 1933, ebenda, Nr. 400 101 290/33.

[59]) Der wichtige Ernst Poensgen, u. a. 1. Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke, Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Mitglied des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und Mitglied der „Ruhrlade", wird oft

Anmerkung angeführte Beleg, eine Aktennotiz von Otto Steinbrinck für Friedrich Flick ebenfalls vom 5. Oktober 1931 (US-Nürnberger Dokument NI-3615, von Stegmann aus der DDR-Dokumentenausgabe *Anatomie des Krieges* zitiert) enthält über das Harzburger Treffen nur diesen kurzen Absatz:

3. Am 11. Oktober finden in Harzburg Besprechungen zwischen den Deutschnationalen, dem Stahlhelm und der Hitler-Gruppe statt zwecks Schaffung einer einheitlichen nationalen Front. An dieser Besprechung sollen angeblich aus dem Westen auch die Herren Vögler, Knepper und Holt teilnehmen.

Ein Gerücht, das ungefähr eine Woche vor dem Treffen in Harzburg im Umlauf war, wird von Stegmann also als Beweis dafür angeboten, daß die von ihm genannten Industriellen „sich in die damals in Harzburg hervortretende sog. Harzburger Front einreihten". Was das Treffen angeht, so schreibt Stegmann auf S. 421 weiter, daß „neben Schacht auch führende Industrielle, Bankiers und Vertreter des Großhandels teilnahmen . . .". Obwohl er keine Namen nennt, suggeriert er, es handele sich um die von ihm aufgezählten „bis dahin eher gemäßigten Industriellen". Dazu scheint er einen zutreffenden Hinweis in dem Buch des sonst von ihm so gern als Zeugen in Anspruch genommenen August Heinrichbauer (der dem Treffen beigewohnt hat) übersehen zu haben:

Im übrigen waren offizielle Vertreter der Schwerindustrie – wie entgegen anderen Behauptungen ausdrücklich festgestellt sei – in Harzburg nicht anwesend. Einige wenige Personen, die in der rheinisch-westfälischen Industrie tätig waren, nahmen an der Tagung nicht als „Schwerindustrielle", sondern in ihrer Eigenschaft als Stahlhelmer, Presseleute usw. teil[60]).

als Teilnehmer am Harzburger Treffen genannt, war aber nicht anwesend. Es handelt sich offenbar um eine Verwechselung mit seinem viel jüngerern und wesentlich weniger wichtigen Verwandten Hellmuth Poensgen. Dieser war zwar eines der über fünfzig ursprünglichen Mitglieder des Direktoriums der Vereinigten Stahlwerke (vgl. *Paul Ufermann*, Der deutsche Stahltrust, Berlin 1927, S. 140), spielte jedoch in den führenden Kreisen der Ruhrindustrie keine Rolle. Er wohnte dem Harzburger Treffen bei, aber in seiner Eigenschaft als Vertreter des Gaues Niederrhein des Stahlhelms: eidesstattliche Erklärung Heinrichsbauers vom 31. Januar 1948, U.S. National Archives, RG 238, Case 10, Dokumentenbuch Bülow I. Siehe auch die Meldung des Berichterstatters des „Berliner Tageblatts" (‚Kein Mensch hat sich erschreckt', BT, 13. Oktober 1931, Nr. 482): „. . . außer einem Poensgen kein ‚Prominenter' der Wirtschaft, nicht Vögler, nicht einmal die sonst nie fehlenden Thyssen und Kirdorf, nur ein paar besoldete Syndici hatte man geschickt."

[60]) *Heinrichsbauer*, Schwerindustrie und Politik, S. 42.

Ebenfalls übersehen von Stegmann wurde ein Passus in einem Brief von Schacht, der an dem Harzburger Treffen als Redner teilgenommen hatte, an Reusch vom 20. Oktober 1931: „Es war schade, daß die Industrie in Harzburg fehlte. Das dauernde Mitgehen mit dem derzeitigen System und der Mangel an Bekennermut wird die Industrie ihr innerstes Leben kosten[61])". Das gleiche gilt für den Bericht eines zweiten Teilnehmers an Reusch zwei Tage nach dem Treffen: „Es fiel allgemein auf, daß kein einziger der wirklichen Industrieführer zugegen war[62])." Im allgemeinen erweckt Stegmann den irreführenden Eindruck, daß jegliche Opposition zu Brüning im Herbst 1931 gleichzusetzen sei mit Zugehörigkeit zur „Harzburger Front", d. h. mit einer Bereitschaft, mit der NSDAP zu paktieren.

Als weiteres Beispiel verdient Stegmanns Schilderung der Eingabe an Hindenburg vom November 1932 erwähnt zu werden, worin empfohlen wurde, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen (S. 434–435). Stegmann führt den auffallenden Mangel von Unterschriften seitens der Ruhrindustrie (nur der schon längst als Hitler-Anhänger bekannte Fritz Thyssen hat unterzeichnet, obwohl einige andere Großindustrielle angeblich Wohlwollen dafür gezeigt haben, ohne jedoch sich politisch exponieren zu wollen[63])) auf eine „taktische

[61]) Nachlaß Reusch, Nr. 400 101 290/33.

[62]) Erich von Gilsa an Reusch, 13. Oktober 1931, ebenda, Nr. 400 101 293/4. Gilsa war Angestellter bei der Gutehoffnungshütte und auch aktives Stahlhelm-Mitglied. Auch Mitglied des Stahlhelms war Reuschs Berliner Agent, Martin Blank, der dem Treffen ebenfalls in dieser Eigenschaft beigewohnt hat: vgl. seinen Bericht an Reusch vom 12. Oktober 1931, ebenda, Nr. 400 101 2024/9.

[63]) Siehe mein Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 149. Es handelte sich um Paul Reusch und Fritz Springorum. Laut Vögler (Brief an Schröder vom 21. November 1932, NI-210, vgl. Anm. 6) war die Verweigerung ihrer Unterschriften – trotzdem „sie an und für sich die in dem Schreiben niedergelegte Auffassung teilen und nur darin eine wirkliche Lösung aus der jetzigen Krise sehen" – dadurch zu erklären, „daß die Herren überhaupt von jeder politischen Stellungnahme sich fern halten wollen. Hinzukommt, daß man die Gegensätze gerade in unserem Revier, die die frühere einheitliche Haltung und damit auch den Einfluß stark geschwächt haben, nicht noch weiter verschärfen will". Diese Erklärung wirkt allerdings nicht ganz überzeugend angesichts der Tatsache, daß Springorum, zusammen mit Vögler – der die Eingabe an Hindenburg auch nicht unterzeichnete –, nur zwei Wochen früher einen *öffentlichen* Aufruf für die Papen-Regierung bei den Novemberwahlen unterzeichnet hatte: vgl. Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 26, Anm. 44. Wären Reusch und Springorum tatsächlich von der Ratsamkeit, Hitler zum Reichskanzler

Linie" (Anmerkung 184, S. 435) seitens derjenigen Mitglieder des Keppler-Kreises, die die Aktion durchgeführt hatten, zurück. „Nicht nur waren Vertreter der Schwerindustrie, zudem auch der Banken, der Schiffahrt, des Handels, der Kaufmannschaft unter Einschluß des Großgrundbesitzes aufgeboten, sondern auch regional hatten die Initiatoren der Eingabe Maßarbeit zu leisten versucht, um Hindenburg das Gefühl zu suggerieren, hier spreche das konservative Deutschland von Ost bis West mit einer einzigen Stimme" (S. 435). Um diese Theorie aufrechtzuerhalten, muß Stegmann allerdings eine ganze Reihe von Gegenbeweisen unerwähnt lassen. Stillschweigend übergeht er z. B. die längst bekannte Liste der ursprünglich in Aussicht gestellten Unterzeichner – darunter zahlreicher Großindustrieller, die nicht unterzeichneten –, die unter den Papieren Schröders nach dem Kriege aufgefunden wurde[64]). Ebenfalls außer acht gelassen wurde die sehr aufschlußreiche Korrespondenz eines der Organisatoren der Eingabe, Carl Vincent Krogmann, vom Herbst 1932[65]). Aus einem Brief Kepplers an Emil Helfferich vom 29. Oktober (der in Abschrift an Krogmann geschickt wurde), geht klar hervor, daß die Idee der Eingabe an Hindenburg schon vor den Reichstagswahlen vom 6. November entstand und von Keppler selbst, d. h. von nationalsozialistischer Seite, stammte[66]). Dazu zeigen Kepplers eigene Worte in diesem Brief, daß er es von vornherein als Hauptziel angesehen hatte, die Eingabe an Hindenburg „mit möglichst viel ersten Unterschriften, besonders aus der Wirtschaft" zu versehen[67]). Auch bei Kepplers weiteren Bemühungen, Unterschriften von führenden Industriellen zu bekommen, ist die von Stegmann postulierte „taktische Linie" bzw. „Maßarbeit" nicht erkennbar. Zwar hat Krogmann Keppler einmal empfohlen, „erfahrene Persönlichkeiten der Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft" zum Unterschreiben zu bewegen. Dies begründete er aber nicht mit der Absicht, „das konser-

zu ernennen, überzeugt, ist es unwahrscheinlich, daß sie aus den von Vögler angegebenen Gründen verweigert hätten, ihre Unterschriften unter eine *vertrauliche* Eingabe an Hindenburg zu setzen. Viel wahrscheinlicher scheint es sich um eine höfliche Ausrede zu handeln.

[64]) Nürnberger Industrieprozeß-Dokument 3901-PS: U.S. National Archives, RG 238, International Military Tribunal, U.S. Exhibit 837 (teilweise abgedruckt in *Czichon*, Wer verhalf Hitler, S. 68).

[65]) Abschrift in Akte, 913, Forschungsstelle (vgl. Anm. 8).

[66]) Ebenda. Ein kurzer Auszug daraus wird in *Helfferich,* Tatsachen, S. 16, abgedruckt.

[67]) Vgl. ebenda, Keppler an Krogmann, 5., 12. und 14. November 1932.

vative Deutschland von Ost bis West mit einer einzigen Stimme" sprechen zu lassen, sondern um dadurch die Gewähr zu bieten, „daß kein wirtschaftlicher Unsinn gemacht wird"[68]). Mit keinem Wort wurde in dieser Korrespondenz unter den Organisatoren der Eingabe eine absichtliche, taktisch begründete Beschränkung der Anzahl der Unterschriften aus dem Großunternehmertum auch nur angedeutet.

Stegmanns Interpretation der politischen Ereignisse während der entscheidenden Monate, Dezember 1932 und Januar 1933, ist lückenhaft und nicht überzeugend. Auf S. 438 z. B. unterstellt er ohne jeglichen Beleg, der Bruch Hitlers mit Gregor Strasser habe die Industriellen in ihrem (von Stegmann postuliertem) Kurs, für Hitler zu optieren, bestärkt. Diese Hypothese ist nicht ohne Plausibilität, bedarf jedoch einer gründlichen quellenmäßigen Untersuchung, ehe sie als Tatsache verkündet wird. Allerdings muß man darüber im klaren sein, daß es damals keineswegs als sicher galt, daß Strasser endgültig aus der NS-Führung ausgeschaltet worden war. Wie aus den von Stegmann selbst gern zitierten „Deutschen Führerbriefen" hervorgeht, gab es bis mindestens Mitte Januar Gerüchte über eine mögliche Versöhnung zwischen Hitler und Strasser[69]).

Bezeichnend für die Schwierigkeiten Stegmanns bei der Aufrechterhaltung seiner These ist dieser Satz in bezug auf die Zeit nach Schleichers Ernennung zum Reichskanzler Anfang Dezember 1932:

> Man muß vielmehr unterstellen – exakte Belege dafür liegen bisher nicht vor –, daß seit dieser Zeit ganz erhebliche Geldmittel der NSDAP zuflossen, die es Hitler ermöglichten, das Tief zu überwinden und mit einer neuen Propagandaaktion im Dezember und Januar zu starten, als deren handgreiflichstes Ergebnis der mit allem nur denkbaren Aufwand geführte Wahlkampf in Lippe erscheint, in dem die NSDAP ihre Stimmenzahl wieder absolut steigern konnte. (S. 438)

Obwohl ungeklärt bleibt, von woher diese „erhebliche(n) Geldmittel" geflossen sein mögen, wird dieser Satz wohl bei den meisten Lesern den Eindruck erwecken, daß das Geld entweder von „den Industriellen" oder vom Keppler-Kreise stammte, da in den vorangegangenen Sätzen von diesen beiden die Rede ist. Dazu kommt die Auswahl der Worte: „*exakte* Belege dafür liegen *bisher* nicht vor" (Hervorhebungen durch mich). Wie anders wirkt das, als schlicht zuzugeben, daß es keinerlei Belege dafür gibt, trotz der Forschung

[68]) Ebenda, Krogmann an Keppler, 4. November 1932.

[69]) Siehe die Berichte über eine mögliche Versöhnung zwischen Strasser und Hitler in „Informationen des Tages", Deutsche Führerbriefe, 10. und 24. Januar 1933 (Nrs. 3 und 7).

von nunmehr fast dreißig Jahren in umfangreichen Quellenbeständen. Auch die Tatsache des günstigen Wahlausganges in Lippe ist kaum adäquat, Stegmanns Argumentation zu begründen, denn es bliebe doch zu beweisen, daß ein Landtagswahlkampf in diesem winzigen Lande tatsächlich „ganz erhebliche Geldmittel" in Anspruch genommen hat. Dazu kommt, daß die Behauptung, die diesen Spekulationen Stegmanns zugrunde liegt – die NSDAP stünde im Dezember „vor dem finanziellen Bankrott" (S. 438) – auf keinen stichhaltigen Beweisen beruht[70]).

Über die politische Rolle der vermeintlich so wichtigen Großindustrie im entscheidenden Monat Januar 1933 findet man in Stegmanns Aufsatz keine neuen Informationen, obwohl die frühere Literatur nochmals apodiktisch abgeurteilt wird. In seiner eigenen Analyse der Entwicklung, die am 30. Januar zur Ernennung Hitlers als Reichskanzler führte, kommt Stegmann aber zu einem Ergebnis, das in scharfem Widerspruch zu seiner wiederholten Betonung der Schlüsselrolle der Großindustrie beim Aufstieg des Nationalsozialismus steht: der Widerstand Hindenburgs gegen die Berufung Hitlers (ein Widerstand, den die angeblich taktisch so geschickte Eingabe vom November 1932 nicht hat überwinden können) wurde nämlich nach Stegmann schließlich von einer Gruppe im Reichslandbund um Elard v. Oldenburg-Januschau „im Verein mit Papen und Teilen der Reichswehrgeneralität" gebrochen (S. 439). Auffallenderweise fehlt also auf dem Höhepunkt der ganzen Entwicklung der Ereignisse ausgerechnet die Großindustrie. Stegmann versucht allerdings im näch-

[70]) Stegmann stützt diese Angabe durch einen Hinweis auf *Bracher, Sauer, Schulz,* Die nationalsozialistische Machtergreifung, S. 405, wo berichtet wird, daß die NSDAP im Jahre 1932 „eine rasch angewachsene Schuldenlast von 12 Millionen Mark zu liquidieren" vermochte. Dort findet man jedoch keinen quellenmäßigen Beleg, sondern bloß einen weiteren Hinweis auf *Bernhard Schwertfeger,* Rätsel um Deutschland 1933 bis 1945, Heidelberg, 1948, S. 121. Schwertfegers Angabe über die Schuldenlast von 12 Millionen Mark beruht aber nur auf der unbelegten Darstellung des Publizisten F. A. Kramer sowie auf einem angeblichen „Bericht" Gregor Strassers vor seiner Ermordung an seinen Bruder Otto, der erst nach dem Kriege veröffentlicht wurde und dessen Echtheit nie bewiesen worden ist. Gerüchte über eine hohe Schuldenlast der NSDAP – oft auf 12 Millionen Mark beziffert – waren Ende 1932 weit verbreitet, sind aber nie quellenmäßig bestätigt worden. Die in diesem Zusammenhang häufig zitierten Eintragungen in *Goebbels'* Tagebuch, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München, 1934 (dessen Echtheit auch nicht festgestellt worden ist), beziehen sich offensichtlich auf die Finanzlage des Gaues Berlin, nicht auf die der ganzen Partei.

sten Satz seine These doch noch zu retten: „Unmittelbar war der ‚Keppler-Kreis' zwar an der Ernennung Hitlers nicht beteiligt, mittelbar hat er jedoch durch seine Zustimmung zu Hitler spätestens seit dem November 1932 direkten Anteil am Prozeß der Machtergreifung genommen." Angesichts dieses im Zusammenhang rätselhaften Satzes erwartet man eine Erklärung sowie quellenmäßige Belege. Stattdessen findet man einzig und allein einen Hinweis auf eine sehr zweifelhafte Geschichte aus den Memoiren Helfferichs, derzufolge die oben erwähnte Eingabe vom November 1932 erst am Vormittage des 30. Januar Hindenburg überreicht wurde, der „den Leiter der Präsidialkanzlei, Meissner", angeblich „ungeduldig gefragt" habe, „ob der ‚Brief' da sei, ehe er Hitler empfing"[71]). Stegmann will diese unwahrscheinliche, erst viel später niedergeschriebene Geschichte nur zum Teil akzeptieren; er gibt einerseits zu, daß die Eingabe nicht erst am 30. Januar 1933 Hindenburg überreicht wurde, während er anderseits der Erzählung – die er irrtümlich auf einen von Helfferich nicht erwähnten Brief Kepplers zurückführt – im übrigen folgt (Anm. 214, S. 439). Er macht den Leser freilich nicht darauf aufmerksam, daß es sich dabei um eine Geschichte aus dritter bzw. vierter Hand handelt, die laut Helfferich ihm von Keppler, der selbst unmöglich einem Gespräch zwischen Hindenburg und Meissner vor dem Empfang Hitlers am 30. Januar 1933 im Reichspräsidentenpalais hätte beiwohnen können, mitgeteilt wurde. Es handelt sich also um eine Sekundärquelle von schwachem Aussagewert. Trotz aller Unwahrscheinlichkeit dieser Geschichte aus den Memoiren Helfferichs bietet Stegmann sie als beweiskräftigen Beleg dafür an, daß Hindenburg am Tage seiner Ernennung Hitlers zum Reichskanzler „wiederholt nach der Eingabe vom November 1932 gefragt" habe, „um sicherzugehen, daß Hitler das Vertrauen breiter konservativer Wirtschaftskreise in Banken, Industrie, Handel und Landwirtschaft besaß" (S. 439). Über die mutmaßliche Motivierung, die hier Hindenburg bei seinem angeblichen ungeduldigen Verlangen nach dem ‚Brief' am Vormittag des 30. Januars 1933 zugeschrieben wird, erscheint übrigens kein Wort in den Memoiren Helfferichs; d. h. diese Auslegung von Hindenburgs Motivierung stammt allein von Stegmann.

Bezeichnend für die Schwäche der Interpretation Stegmanns ist es, daß sogar dann, wenn er einen handfesten Beweis für deren Echtheit bieten könnte, diese Geschichte Helfferichs angesichts des oben

[71]) *Helfferich,* Tatsachen, S. 19.

erwähnten auffallenden Mangels großindustrieller Unterschriften unter die Eingabe an Hindenburg die These von der politischen Schlüsselrolle der Großindustrie keinesfalls retten würde. Stegmann mag dies selbst geahnt haben, denn am Schluß seiner Darstellung von Hitlers Aufstieg zur Macht ist nicht mehr von „Großindustrie" die Rede. Stattdessen schreibt Stegmann: „Die Machtergreifung Hitlers erscheint aus dieser Perspektive als Erfolg der konservativen Einrahmungspolitik, als geglückter Versuch Papens, Hitler in einem Kabinett der nationalen Konzentration wirksam einzurahmen. Das konservative Deutschland, so schien es am 30. Januar 1933, hatte sich durchgesetzt, . . ." (S. 439).

Die Mängel von Stegmanns Aufsatz beschränken sich nicht auf die manchmal eigenartige Auswertung von Quellen und die oft nicht stichhaltige Interpretation, sondern erstrecken sich auch auf die elementarste Aufgabe des Historikers: die genaue Wiedergabe von wörtlich zitierten Texten. Hier unterstelle ich Stegmann auf keinen Fall eine absichtliche Änderung der Dokumente, muß aber berichten, daß ich auf Grund von Kopien eines Teils der von ihm abgedruckten bzw. zitierten Archivalien, die in meinem Besitz sind, festgestellt habe, daß sein Aufsatz und der Dokumentenanhang eine ganze Reihe von Zitierfehlern enthalten. Bei der weiteren Verwendung der bei Stegmann zitierten und abgedruckten Dokumente ist also Vorsicht geboten, zumal es hier wahrscheinlich nicht gelungen ist, sämtliche unterlaufenen Fehler aufzuzeigen. Oben wurde schon erwähnt, daß das nicht ganz unbedeutsame Wort „voraussichtlich" in dem von Stegmann zitierten Teil des wichtigen Briefes Schachts an Reusch vom 6. Juni 1932 ohne Auslassungszeichen fehlt (S. 425). Im Falle eines anderen Briefes Schachts (vom 12. September 1932 an Reusch, Nr. XI im Dokumentenanhang, S. 465 f.) gibt es wohl mildernde Umstände, da dieser Brief handschriftlich ist. Dennoch gehört die Entzifferung von Handschriften zu den Aufgaben des Historikers, und Schachts Handschrift ist verhältnismäßig deutlich. Trotzdem liest man in dem ersten Satz des von Stegmann abgedruckten Textes statt des von Schacht geschriebenen Wortes „wenigen" das Wort „einigen", ein wohl harmloser Fehler. Bedeutsamer ist die falsche Wiedergabe eines Wortes im vierten Satz, wo statt des geschriebenen „wiederum" das Wort „außerdem" gedruckt wird[72]). Dadurch wird

[72]) Das richtige Wort erscheint in dem von Stegmann ebenfalls abgedruckten Auszug aus Schachts Brief in dem Schreiben Paul Reuschs an Jacob Herle vom 22. September (S. 466). Gleichwohl muß der Leser annehmen,

der Inhalt des Satzes geändert, weil Schacht durch den Gebrauch des Adverbs „wiederum" offenbar auf seine früheren Gespräche mit Hitler hinweisen wollte, ein Hinweis, der durch die Ersetzung durch das Wort „außerdem" verlorengeht. Bei allen weiteren hier angegebenen Zitierfehlern Stegmanns handelt es sich um maschinengeschriebene Texte. Im ersten Satz des zitierten Teils aus Blanks Brief an Reusch vom 7. September 1932 (S. 433) steht z. B. im Original „ist sicherlich" statt, wie bei Stegmann, „für sicherlich". Im letzten Satzteil des gleichen Briefes fehlen – nochmals ohne Auslassungszeichen – die hier kursiv gedruckten Worte: „... daß sie angesichts der Verhetzung in *der nationalsozialistischen Presse und in* ihren Wählermassen ...". Im Dokument Nr. III im Dokumentenanhang (S. 445 f.) steht im zweiten zitierten Satz im Original „Bild" statt „Lied". Im Dokument Nr. VI im Dokumentenanhang (S. 449) wird das erste zitierte Wort im Original groß geschrieben und im dritten zitierten Satz heißt es „irgendwelchem anderen Inhalt" statt, wie bei Stegmann, „irgendwelchen anderen Inhalten". Im letzten Satz findet man im Original das von Stegmann hinzugefügte Wort „Herrn" nicht. Im ersten Satz des dritten Absatzes vom Dokument X auf S. 463 steht im Original „Zusammenschluß in Syndikate" statt „Zusammenschluß der Syndikate". Im Dokument XII (S. 466) fehlt im letzten zitierten Satz der Stellungnahme von Dr. Scherer das Wort „großes" vor „Verdienst" und im letzten zitierten Satz des Auszuges aus dem Brief Schachts an Reusch das Wort „erstens" (vgl. Dokument XI, S. 465). Im Dokument Nr. XVI (S. 476) fehlt im vorletzten zitierten Satz das Wort „mehr" zwischen „Rolle" und „spielen". Im Dokument XXI (S. 482) findet man im Original des vorletzten zitierten Satzes „Mitarbeit" statt „Arbeit". Endlich ist zu bemerken, daß das Wort „Gesamtorganismus", das Stegmann auf S. 412 in seiner Auslegung von Hitlers geheimer Broschüre für Industrielle „Der Weg zum Wiederaufstieg" mit Anführungsstrichen versieht, in dieser Broschüre nicht vorkommt.

Was wurde, muß man schließlich fragen, aus der von Stegmann

es handele sich um einen Fehler, denn in Anm. 282 auf S. 466 schreibt Stegmann dazu: „Reusch zitiert hier mit leichten Veränderungen aus dem Brief Schachts vom 12. September 1932 ..." Das Zitat enthält jedoch nur eine Veränderung, nämlich die Ersetzung des Wortes „wirtschaftspolitischen" durch „wirtschaftlichen" im letzten zitierten Satz; das Fehlen des Wortes „erstens" im gleichen Satz ist nicht auf Reusch, sondern auf Stegmann zurückzuführen.

am Anfang seines Aufsatzes (S. 401) verkündeten Intention, „Geschichte als Sozialgeschichte ... zu interpretieren"? Und inwieweit erfüllt er die von ihm erweckten Erwartungen auf einen neuen methodologischen Ansatz? Bedauerlicherweise muß man feststellen, daß, obwohl Stegmann „strukturelle, sozialgeschichtlich relevante Aspekte" hat zur Sprache bringen wollen, davon fast nichts in seinem Aufsatz zu finden ist. Nicht einmal die Auswirkungen der Konjunkturphasen der Weimarer Zeit werden gründlich analysiert. Davon, daß es so etwas wie eine Weltwirtschaftskrise gegeben hat, erfährt man nur ein paar Mal in Nebensätzen. Über strukturelle Aspekte ist bei Stegmann wenig zu erfahren, obwohl er gelegentlich versucht, von der DDR-Monopolgruppentheorie – auf deren Unzulänglichkeiten er am Anfang seines Aufsatzes hingewiesen hat (S. 399–400) – mit eigenen Variationen Gebrauch zu machen (S. 409, 421). Seine schmale Quellenbasis versetzt ihn aber keineswegs in die Lage, Urteile über die Einstellung bzw. die politischen Aktionen der chemischen und elektrotechnischen Industrie zu fällen. Sein Versuch, eine Schematisierung der Großindustrie allein auf Grund der Reaktionen auf Paul Silverbergs Dresdner Rede von 1926 vorzunehmen, ist nicht überzeugend[73]. Man vermißt weiter jegliche systematische Gewich-

[73]) Stegmann versucht, Silverberg von der „Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie" abzusondern und ihn – als Mann der Braunkohlenindustrie – auf die Seite der vermeintlich politisch gemäßigteren „Elektro- und Chemieindustrie" zu stellen (S. 409). Silverberg war allerdings nicht nur in der Braunkohlenindustrie tätig, sondern hatte auch eine führende Stellung in der Steinkohlenindustrie als großer Aktienbesitzer und Aufsichtsratsmitglied (ab 1927 Vorsitzender) der Harpener Bergbau AG inne, so daß er unverkennbar zur „Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie" (sonst von Stegmann als „Schwerindustrie" bzw. „Ruhrindustrie" bezeichnet) gehörte. Dies bezeugt auch seine Aufnahme als eines der zwölf Mitglieder der „Ruhrlade" (vgl. *Turner,* Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, S. 115 f.). Dazu war Silverberg einer der Förderer der Deutschen Führerbriefe, die nach Stegmanns eigener Schilderung von der Kohle- und Eisenindustrie finanziert wurden (S. 420); Silverbergs Privatsekretär, Otto Meynen, war sogar einer der Redakteure dieser Korrespondenzblätter: Werner von Alvensleben an Hitler, 15. September 1932, U.S. National Archives, RG 242, Microcopy T-81, Rolle 1, 11 338; Nachlaß Franz Bracht, Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Bd. 2, Bl. 185; Brief Meynens an den Verfasser, 15. April 1969. Stegmanns Schilderung der Reaktion auf Silverbergs Rede bei der Dresdener Mitglieder-Versammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im Jahre 1926 wird durch das Protokoll der Sitzung nicht bestätigt. Der einzige Vertreter der elektrotechnischen Industrie, der zu Silverbergs vorsichtiger Empfehlung einer Zusammenarbeit mit den Arbei-

tung des Anteils der verschiedenen sozial-ökonomischen Gruppen an der nationalsozialistischen Machtergreifung. Trotz seiner eigenen Darstellung der zentralen Rolle der Großagrarier in der Beeinflussung von Hindenburg, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, zieht Stegmann den Schluß, daß der Anteil der Schwerindustrie an der Machtergreifung „erheblich höher zu veranschlagen [ist] als insgesamt der der Großagrarier, ...". Er begründet dieses Urteil jedoch bloß mit einem Hinweis darauf, daß die Großagrarier „ja im ‚Keppler-Kreis' völlig unterrepräsentiert waren" (Anm. 213, S. 439). Ohne Begründung stellt er die Wichtigkeit der Rolle der kleinen und mittleren Unternehmer bei der Finanzierung der NSDAP in Abrede (Anm. 166, S. 430), obwohl er selbst aufschlußreiche Informationen über die verzweifelte Lage dieser Gruppen liefert (S. 428–29, insbesondere Anmerkungen 153–155)[74]. Über „die gesellschaftlichen Hintergründe für den Aufstieg des Nationalsozialismus" (S. 401) erfährt man infolgedessen nichts Erhellendes.

tern und der SPD gesprochen hat – Hermann Bücher der AEG – hat sich Silverbergs Stellungnahme weder angeschlossen noch sie „gelobt" (Stegmann, S. 409). Statt dessen hat sich Bücher recht skeptisch hinsichtlich einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit der SPD sowie hinsichtlich der damaligen parlamentarischen Demokratie überhaupt gezeigt: Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Heft 32, Berlin, 1926, S. 70. Vgl. auch *Stegmanns* Aufsatz, Die Silverberg-Kontroverse 1926, in: Sozialgeschichte Heute, hrsgg. von *Hans-Ulrich Wehler,* Göttingen, 1974, S. 594 bis 610. Dort, wie in seinem Aufsatz im AfS, wird Silverbergs Rede nach einem späteren Abdruck zitiert, und der Leser erfährt nichts vom Inhalt des veröffentlichten Protokolls. Zur DDR-Monopolgruppentheorie siehe jetzt: *Jürgen Kocka,* Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918, Göttingen, 1973, S. 201 f., Anm. 109; *H. A. Turner, Jr.,* Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsgg. von Hans Mommsen et al., S. 919–31.

[74]) In Anm. 166 auf S. 430 schreibt Stegmann mit Hinweis auf S. 30 f. meines Faschismus und Kapitalismus in Deutschland: „Turner unterstellt ohne jede quellenmäßige Absicherung, Hitler sei viel stärker als von der Großindustrie von kleinen und mittleren Unternehmern finanziert worden." Was ich tatsächlich geschrieben habe, ist wesentlich anders: „Von kleinen und mittleren Unternehmern erhielt Hitler wahrscheinlich beträchtliche finanzielle Unterstützung." Diese Erklärung habe ich in Anm. 50 auf S. 30 auf eine ganze Reihe von Untersuchungen gestützt. Siehe jetzt neuerdings dazu: *Ulrich Nocken,* Inter-Industrial Conflicts and Alliances as Exemplified by the AVI-Agreement, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsgg. von Hans Mommsen et al., S. 702 f.

Den von Stegmann in Aussicht gestellten neuen methodologischen Ansatz findet man also in seinem eigenen Aufsatz leider nicht. Im ganzen genommen haben seine Bemühungen keineswegs zur Interpretation der Geschichte „als Sozialgeschichte" geführt, sondern zu einer – um mit Stegmann selbst zu sprechen – „personalistisch eingefärbten politischen" Geschichtsschreibung traditioneller Art, wobei es ihm vorwiegend um die Frage geht, „inwieweit die deutschen Großindustriellen bereit waren, die NSDAP zu finanzieren" (S. 401) oder sonst unmittelbar zu fördern. Aus der Tatsache, daß seine Arbeit personalistisch eingefärbt ist, mache ich Stegmann jedoch – im Gegensatz zu seiner Aburteilung früherer Studien – keinen Vorwurf. Denn ich bin der Meinung, daß – um den von Stegmann am Schluß zitierten und mittlerweile wohl etwas überstrapazierten Spruch Horkheimers über Faschismus und Kapitalismus abzuwandeln –, wer über Großindustrie und Nationalsozialismus reden will, über Großindustrielle und Nationalsozialisten nicht schweigen kann. Um stichhaltige Ergebnisse zu erzielen muß man allerdings die althergebrachten Grundprinzipien der Geschichtswissenschaft aufs genaueste einhalten. Man muß sämtliche zugängliche Quellen in Betracht ziehen. Man muß zwischen den verschiedenen Arten von Quellen sorgfältig unterscheiden. Man muß den Inhalt und Aussagewert der Dokumente ohne Vorurteile auswerten. Man muß d. h. scheinbar belastende Indizien der gleichen strengen quellenkritischen Überprüfung unterziehen wie scheinbar entlastende Indizien. Nur auf diese Weise kann man zu einer zuverlässigen Darstellung der Beziehungen zwischen Großunternehmern und Nationalsozialisten gelangen.

Obwohl eine Untersuchung dieser unmittelbaren Beziehungen unvermeidlich und unerläßlich ist, genügt dies selbstverständlich nicht. Wie Stegmann am Anfang seines Aufsatzes richtig feststellt, muß man darüber hinausgehen, wenn man das Verhältnis des Großunternehmertums zum Nationalsozialismus gründlich analysieren will. Um so bedauerlicher ist es also, daß sich sowohl Stegmann als auch Kuhn auf Variationen der „personalistisch eingefärbten", altbekannten „Agenten-Theorie" zurückgezogen haben. Aus beiden Arbeiten gewinnt der Leser nämlich den Eindruck, die „Machtergreifung" durch den Nationalsozialismus sei letzten Endes auf eine Verschwörung zurückzuführen, hinter der eine kleine Gruppe von Großunternehmern stand. Daß die Thesen von Kuhn und Stegmann nicht stichhaltig sind, wird hoffentlich oben zur Genüge dargelegt. Es gilt jedoch, die Gefahr der „Agenten-Theorie" neuer wie alter Prä-

gung für die Geschichtswissenschaft auf diesem Gebiet zu unterstreichen. Die Hauptgefahr liegt m. E. darin, daß „Agenten-Theorien" dieser Art, indem sie sich fast ausschließlich auf die direkte Unterstützung der NSDAP durch Großunternehmer beschränken, die Wirkung haben, von tieferen und breiteren Untersuchungen abzulenken. Wie ich an anderer Stelle betont habe, wenn man den Anteil des Großunternehmertums am Zerfall der Demokratie von Weimar und am Aufstieg des Nationalsozialismus in vollem Umfang messen will, genügt es nicht, bloß die *direkte* Unterstützung bzw. Förderung der NSDAP in Betracht zu ziehen. Ebenso wichtig – möglicherweise noch wichtiger – ist es, daß viele der damaligen Großunternehmer *indirekt* auf vielfache Art und Weise zu jener katastrophalen politischen Entwicklung beigetragen haben[75]). Man denke z. B. an den verbissenen und manchmal erfolgreichen (Eisenkampf und Aussperrung an der Ruhr, 1928) Kampf gegen zwei Hauptstützen der Republik, nämlich die SPD und die Gewerkschaften; an den hartnäckigen Widerstand gegen die staatliche Sozialpolitik; an die Duldung bzw. Förderung des Abbaues der parlamentarischen Demokratie durch Brüning; an die geradezu begeisterte Unterstützung der autoritären Papen-Regierung; an die jahrelange Subventionierung einiger jener reaktionären politischen Kräfte (vor allem in der DNVP), mit deren Hilfe Hitler schließlich an die Macht gelangte. Diese wichtige Seite der verhängnisvollen politischen Rolle des damaligen deutschen Großunternehmertums sowie die von Stegmann zur Sprache gebrachten „strukturelle(n), sozialgeschichtlich relevante(n) Aspekte"[76]) stehen leider in Gefahr, vernachlässigt zu werden, wenn die alte „Agenten-Theorie", mit neuen Zierden versehen, wieder Auftrieb bekommt.

[75]) *Turner*, Faschismus und Kapitalismus, S. 30.
[76]) Ein Beispiel für die Rolle von technologisch-strukturellen Faktoren bietet der Aufsatz von *Thomas Parke Hughes*, Technological Momentum in History: Hydrogenation in Germany 1898–1933, in: Past and Present, Nr. 44 (August 1969), S. 106–132.